

erschint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Zeitung-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7188.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Zweck der Parlamente.

Ob Sie die Gründe, die die Regierung leiten, für richtig finden, das ist den verbündeten Regierungen im großen und ganzen ziemlich gleichgültig; die Regierung bedarf Ihrer nur insoweit, als Sie den Gesetzen, die sie Ihnen vorlegt, zustimmen haben, und als Sie die Gelder zu bewilligen haben.

Herr von Koller war es, der allen etwa zu übertrieben für das Parlament des deutschen Volkes, wie es ist, schwärmenden vertrauensvollen Seelen so arg den Staat gestrichen hat. In einem streng verfassungsmäßig parlamentarischen Lande könnte eine solche Feltwebel-Außerung einem Minister recht teuer zu stehen kommen, für Preussisch-Deutschland hat diese Außerung nur die Bedeutung, die sonst beschränkte Tatsache, daß wir Deutsche nur im Schein parlamentarismus leben, zu beweisen, und zu zeigen, daß gewisse Organe der Regierung das Parlament als Jago-Maschine für ihre Gesetzesentwürfe, und dann weiter als Geldbewilligungs-Maschine betrachten, die als Infantenmännchen für Herrn v. Koller und seine Ministerkollegen zu dienen hat.

Man wird sich das merken und in ausgiebigster Weise weiter verbreiten, was sich die verbündeten Regierungen als den erhabenen Beruf der deutschen Volksvertretung vorstellen, wenn Herr v. Koller, der preussische Polizeiminister, in der That recht haben sollte. Hat er aber nicht recht, so muß das deutsche Volk verlangen, vornehmlich müßte es auch der Reichstag, daß der Herr Polizeiminister ganz gebüßig „reklamiert“ werde, wie das wohl bei der Polizei genannt zu werden pflegt; genau wie einer seiner Schulkollegen, der sich eine Amtsgerichtsüberschreitung zu schulden kommen läßt.

Die Außerungen der Herren Minister, namentlich der preussischen, sind in neuerer Zeit öfter recht interessant gewesen, nur schade, daß sie im Drange der Ereignisse so leicht in Vergessenheit geraten. Aber das Wort des braven Herrn von Koller darf nicht so ohne Sang und Klang in den Strom der Vergessenheit schwimmen. Dem historisch und juristisch wohl genügend vorgebildeten Herrn von Koller ist es vielleicht nicht unbekannt, daß die Parlamente früherer Zeit in ihrer Gesamtheit sowohl als in Ausschüssen, die sie aus ihrer Mitte bildeten, Staatsprozesse geführt und entschieden haben, wobei zuweilen Minister und Könige den Kopf lassen mußten.

Das ist das andere Extrem, Herr von Koller, und die auf Ihre phantastisch absolutistische Auffassung der Parlamente gehörende Replik.

Freilich wissen wir z. B. aus der englischen Geschichte, daß viele Könige, Heinrich, Richard, Karl u. s. w. das

Parlament oft nur nothgedrungen zusammenriefen mit Außerachtlassung der beschworenen Verfassung, wenn sie Geldbewilligungen, Bestenerungen brauchten. Ehrliche Geschichtsschreiber nennen diese Verfahrungsweise auch bei ihrem richtigen Namen, und Ehren- oder Schmückelitel sind es nicht, welche sie für derartige Herrscher in Bereitschaft haben.

Und eins mögen die Koller u. Ko. sich merken: Die Parlamente sind allerdings „Geldbewilligungs-Maschinen“, wie Herr v. Koller ganz richtig meint. Aber sie können auch noch etwas anderes sein: Geldverweigerungs-Maschinen. Und wenn es in früheren Zeiten, als die Vorfahren des Herrn v. Koller auf die Landstraße gingen und sich „aus dem Steigrei“ das Geld der bürgerlichen Kanaille holten, auch möglich war ohne Parlamente auszukommen, so ist dies heutzutage in jedem Staat mit entwickelter bürgerlicher Gesellschaft einfach unmöglich.

Als vor dreihundert Jahren Karl der Erste von England den Rathschlägen der zeitgenössischen Koller folgend, das Parlament zu verewaltigen suchte, kostete ihm das bekanntlich den Thron und das Leben. Allein weil damals die bürgerliche Gesellschaft noch nicht weit genug entwickelt war, konnte nach Cromwell's Tode ein Rückfall eintreten. Jedoch nicht auf lange Zeit. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts war das bürgerliche Element so stark, daß es in einer zweiten Revolution zur Herrschaft gelangte, und seitdem hat kein englischer Monarch und Minister dem Parlamente mehr Trost geboten.

Und Deutschland ist heute weiter als England vor 200 Jahren. Hat Herr v. Koller noch nicht darüber nachgedacht, woher der preussische Staat und das Deutsche Reich ihre Existenzmittel hernähmen ohne Parlament? Indes das Nachdenken ist Herrn v. Koller's Sache nicht, und auch nicht die von seinesgleichen. Es giebt Leute, die bloß durch die Progreß befehrt werden können, wie Kinder trotz aller Belehrung so lang mit dem Feuer zu spielen pflegen, bis sie sich die Finger lüchlig verbrannt haben.

Mögen die Herren mit dem Feuer spielen — die Folgen müssen sie sich zuschreiben. Das aber steht fest: ob nun der Reichstag die verfassungswidrigen Außerungen des Herrn v. Koller als Ausgangspunkt einer Aktion zur Sicherung der parlamentarischen Rechte benützt oder ob er den Kopf in den Sand steckt und ruhig abwartet, was da kommt — einerlei, ob Herr von Koller im Amt bleibt oder zu den übrigen geworfen wird — die Frage, welche Stellung die Volksvertretung in Deutschland einnimmt, ob die eines wirklichen ausschlaggebenden Machtfaktors oder eines bloßen Rathschlagers gleich dem russischen Senat — diese Frage drängt jetzt endlich zur Entscheidung, und unsere Herren Politiker werden sich wohl oder übel entschließen müssen, sie ins Auge zu fassen.

drei Jahren, wie die Rattundruder die Arbeit einstellten, weil sie bei ihrem Lohn verhungerten, da machten die Herren da oben noch ein strenges Gesicht und steckten die armen Leute alle mit einander ins Loch. Im vorigen Jahr sperrten sie nur die „Schlumpfen“, die Häbelsführer, ein, und zu Königs Geburtstag ließ man sie alle mitkommen wieder laufen. 's sollte 'ne Gnade sein, extra vom König, aber kein Mensch hat's ihm Dank gewohnt. Bös' Blut hat's gemacht, weiter nichts. Und der Winter dies Jahr, der war noch schlimmer wie der letzte — gehen Sie nur hin ins Bogtland, und ins Frankfurter Viertel, und da herum, da können Sie schöne Sachen zu hören bekommen!

„Fragen Sie doch 'mal meinen Meister, wie der denkt!“ versetzte Ferdinand. „Der hat uns gestern ein neues Lied lernen lassen — das kostet wenigstens zehn Jahre Spandan, wenn man's auf der Straße singen wollte.“

„Den Bürgerlichen trau' ich nicht sehr“, meinte Hartung, „die nehmen gern 's Maul voll, und wenn's drauf ankommt, dann denken sie: weit vom Schuß ist sicher. Wir haben's erlebt, in Paris jetzt. Das arbeitende Volk — das ist die Armee, die von jeder die Schlachten der Freiheit und des menschlichen Fortschritts geschlagen hat.“

„Na, für Meister Grams möcht' ich jedenfalls guisagen“, versetzte Ferdinand in überzeugtem Tone.

„Dann ist er eine Ausnahme“, entgegnete Hartung.

„Um so besser, je mehr solcher Ausnahmen da sind.“ Lotte trat ein und breitete ein blendend weißes Tisch-tuch auf den kleinen Tisch, der in die Mitte des Zimmers geschoben worden war, während Dora, von der Arbeit am Küchensherd hochgeröthet, das für den Gast bereitete einfache Mahl auftrug. Hans zu Ehren war auch nach kurzem Bedenken ein Extrakaffee, wie man ihn in der guten Zeit getrunken hatte, gewagt worden, und die ganze Gesellschaft labte sich mit Behagen an dem duftigen braunen Trank. Zum Uebersuß hatte Schnid ein paar Silber-groschen für Weißbier spendirt, das Ferdinand soeben in einem großen, schaumbedeckten Glase aus der Wirtschaft nebenan herbeibrachte.

Politische Ueberblick.

Berlin, 15. Mai.

Der Reichstag hat heute den Antrag Rickert, betr. Aenderung des Wahlgesetzes beraten. Es bot sich schöne Gelegenheit, die Pläne der Konservativen, die auf Abänderung des Reichstags-Wahlrechts eventuell auch durch einen Staatsstreich hinielen, zu beleuchten. Dieser Aufgabe entledigten sich in trefflicher Weise die Abg. Singer und Bebel. Die Stimmung der Konservativen, welche ohne Glauben zu finden, derartige Pläne leugneten, wurde eine so ungemüthliche, daß sie den Schluß der Sitzung herbeiwünschten. Nach einem vergeblichen Versuche, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen, gelang dies endlich dem Abg. Kardorff, so daß die zweite Lesung abgebrochen werden mußte. Die Regierung weigerte sich, ihre Stellung zu dem Gesetzentwurf zu präzisiren. Man kennt sie aber trotzdem. —

Das Arbeitsprogramm des Reichstags. Wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, ist nimmere die Vereinbarung zwischen dem Reichskanzler und dem Präsidium des Reichstages dahin getroffen worden, daß Mitte nächster Woche die Reichstagssitzung geschlossen werden wird. Die beiden Nachtrags-Gesetze und das sogenannte Noth-Zuckersteuergesetz werden am Donnerstag auf die Tagesordnung zur ersten Verathung gestellt und höchstwahrscheinlich ohne Kommissionsberatung erledigt werden. Alsdann werden der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend den Handel und Verkehr mit Witter u. s. w. und die Branntweinsteuer-Novelle, die bis dahin für das Plenum reif sein wird, zur Verathung gestellt werden. Damit wird im großen und ganzen das Arbeitspensum des Reichstages erschöpft sein. —

Die Landtagssession soll nach der „National-Zeitung“ bis Ende Juni fortgeführt werden, nachdem zwischen der Stempelsteuer-Kommission und dem Finanzminister eine Verständigung über die streitigen Punkte erzielt worden sei. —

Herr von Koller ist jetzt so sehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens getreten, daß er, falls ihm Eitelkeit innewohnt, sehr zufrieden damit sein kann. Er wird von vielen als Hauptvertreter des herrschenden Systems betrachtet, und man hört sogar die Ansicht äußern, in den Ungeschicklichkeiten des Herrn von Koller liege Methode, er habe den Plan gehabt, die Umsturzvorlage zu Fall zu bringen, damit einem Ausnahmegerichte im Geiste Stumm's und des Kriegs-Ministers der Weg gebahnt werde. Hierin wäre Herr von Koller eine Art Brutus, nur mit umgekehrtem Zweck. Der alte römische Brutus stellte sich bekanntlich dumm, um die tyrantischen Mächtigen zu täuschen und Zeit und Gelegenheit für die Befreiung des Volks zu finden. Und das

„Ja, was ist das nun eigentlich?“ fragte Hans Hartung plötzlich, indem er vom Essen aufstah — „mein Willkommen-schmaus oder mein Abschiedsmahl? Denn, wie mir scheint, bin ich doch vergeblich hierher gelaufen.“

„Aber Hans, Du böser Mensch, wie kannst Du nur so sprechen!“ sagte Lotte mit sanftem Vorwurf, während es schmerzlich um ihre Lippen zuckte. „Fühlst Du nicht, daß Du uns doch thust mit solchen Worten? Laß doch die Sache reifen —, guter Rath kommt über Nacht, sagt das Sprichwort.“

„Nun, nun, verzeih“, meinte Hans gutmüthig lächelnd, indem er die neben ihm stehende Geliebte an sich zog. „Und wenn ich nur gekommen wäre, um Dich wieder 'mal zu sehen, mein Herz, dann hätt' sich's mir schon gelohnt.“

Er zog unbemerkt ein kleines Etui aus der Tasche, entnahm ihm zwei blinkende goldene Ringe und steckte den einen dem überraschten Mädchen und den andern sich selbst an den Finger.

„So, mein treues Pottchen“, sprach er, indem er seiner von der unverhofften Freude überwältigten Braut einen Kuß aufdrückte — „seht ihr's weder ein Willkommen's noch ein Abschiedsmahl, sondern ein Verlobungsschmaus. Und was auch kommen mag — ich werde von Dir nicht lassen, mein Mädchen.“

Zubekund und glückwünschend umringten alle das herrliche junge Menschenpaar. Vater Mathias konnte sich nicht länger halten und sank ansschluchzend an Hartung's Brust. „Verzeih“, mein Junge, aber... ich... konnte nicht anders...“ brachte er mühsam hervor.

Florian Schnid stand an den Schneidertisch gelehnt da und ließ in stiller Mitfreude die Thränen über seine Wangen perlen.

„Florian, Sie guter Mensch“, sagte Lotte und drückte herzlich die Hand des Gesellen. „Er war mein Erzieher, mein Freund und Lehrer...“

Hans Hartung trat auf Florian zu, zog seinen buschigen Flachsopf an die Brust und küßte ihn auf die fein gefurchte Stirn.

„Wollen auch weiterhin Freunde bleiben“, versetzte

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Die Ereignisse hatten es gefügt, daß er sich schließlich für die Niederlassung in Paris entschied. Noch ganz erfüllt von den gewaltigen Eindrücken der Pariser Februar-tage, war er herbeigeeilt, um Lotte sammt den Ihrigen aus der stickigen Atmosphäre Berlins in die freiere Luft der Seine-stadt zu verpflanzen. Ihr zäher Widerstand hatte ihn verdroßen — das war nun wieder jener echte deutsche Spießbürgersinn, der sich aus althergebrachter schlechter Gewohnheit nicht von der Scholle loszureißen vermochte. Nein, hier war Hopfen und Malz vor der Hand noch verloren. Er war auf seiner Fahrt auch durch Köln gekommen, dessen aufgefärrte Arbeiter-schaft er in lebhafter Erregung gefunden hatte. Er hatte auch von den Zugeständnissen gehört, die hier und dort den deutschen Landesvätern von den drohenden Volks-massen abgetropft worden waren. Aber alles das erschien ihm nur als ein Wiederschein der Pariser Ereignisse, der gar bald verblasen und jedenfalls über die Elbe hinaus keine Wirkung ausüben würde.

Und nun stand ihm da, mit bligenden Augen, ein fünfzehnjähriger Knabe gegenüber, der sich kühn vermaß, mit seiner Kinderhand an dem Jahrhundert-alten Gebäude einer starr absolutistischen Herrschaft zu rütteln! Das imponirte ihm und gab ihm zu denken — sollte er am Ende diese Berliner doch falsch beurtheilen?

„Es sind nicht bloß die Jungen“, begann Schnid in seiner geheimnißvollen, sanften Weise. „Die Erbitterung ist groß in allen Kreisen des Volkes. Armut, Hunger, Krankheit sind überall zu Gast. Die Kartoffelrevolution im vorigen Jahre, das war so eine Probe. Da hätten Sie sehen sollen, was die Noth aus den Menschen macht: keinen Teufel haben sie gefürchtet. Vor

Spiegel gelang ihm auch, denn er jagte die Könige aus Rom, das Republik wurde. Nein — Herr v. Koller ist kein Brutus, auch kein umgekehrter Brutus, der seine geistigen Fähigkeiten verbirgt und aus Klugheit Ungeheuerlichkeiten begeht, um das Werk der Reaktion besser verrichten zu können — Koller ist Koller — was er gethan hat, ist die reine Natur und nie hat es einen unwürdigeren Naturburschen gegeben. Nichts von Methode, nichts von System — alles naturwüchsiges Natur — echte, unverfälschte Kollererei. Nicht in dem Maße, den wir ja seit anderthalb Jahrzehnten genugsam kennen, liegt die Bedeutung der Kollererei, sondern in der Thatsache, daß sie überhaupt möglich ist. Der Mann steht nicht da aus eigenem Willen. Und der Wille, der ihn hingestellt hat, kann sich nicht täuschen über die Unzulänglichkeit des Mannes. Und wer ist der Wille? In einem geordneten Staatswesen sind die Minister der Volksvertretung verantwortlich. Im Deutschen Reich sind sie es nicht. Auf dem Papier verantwortlich ist einzig der Reichskanzler. Allein daß der jetzige Reichskanzler nicht verantwortlich ist für die Lage, nicht verantwortlich ist für den Koller und die Kollererei — das weiß jedes Kind. Ein anderer Wille ist's, der uns entgegentritt. Oder vielmehr nicht entgegentritt, denn er steckt in einer dichten Wolke wie der Jehovah der Juden. Dieser Wille ist der Kaiser, der „sein eigener Reichskanzler“ sein will. Dieser Wille — und das schafft das beinahe Unheimliche der gegenwärtigen Lage — dieser Wille ist nicht verantwortlich; obgleich er in höchster Potenz persönlich ist, ist er für die Volksvertretung doch keine Person, er darf nicht einmal bei seinem richtigen Namen genannt werden. So haben wir die seltsame Anomalie eines persönlichen Regiments ohne persönliche Regierung. Wir haben zwei Regierungen, eine auf der Bühne und eine hinter den Kulissen. Auf der Bühne Koller und Kompagnie — hinter der Bühne die Hand, welche die Puppen lenkt. Und nach der Hand darf niemand greifen — das wäre Majestätsbeleidigung. Daß sich zu einer solchen Rolle bloß Leute hergeben, deren — Ungeschicklichkeit keine Verstellung ist, das liegt auf der Hand. Was sind das aber für Zustände! —

Was nun?, so waren in der bürgerlichen und agrarischen Presse zahlreiche Artikel über die Ablehnung der Umsturzvorlage betitelt, von denen wir eine Anzahl unter den Prestitimen registriert haben. Zu den Vorschlägen der „Krenz-Zeitung“, welche in der Nachahmung der Krisis, schon Schandpolitik gegen die Sozialdemokratie gipfeln nimmt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Stellung. Sie hält diese Form der „Umsturzbelämpfung“ nicht für die praktischste und meint, daß man mit neuen Vorschlägen warten müsse, bis man einer parlamentarischen Majorität für dieselben sicher sei. Sie schließt ihren Artikel folgendermaßen:

„So scheint uns denn auch die nächstliegende Aufgabe nicht sowohl darin zu bestehen, neue Pläne zur Belämpfung der Umstürzbewegung zu konzipieren, als auf erzählerischem und sonstigem Wege für die Zustandebingung einer Mehrheit zu sorgen, die solche Vorschläge annimmt.“

Interessant wäre es zu wissen, was der Artikelsschreiber und seine eventuellen Hintermänner unter den sonstigen Wegen verstehen. —

Sozialistenbelämpfung. Was nun, nach dem Fall des Umsturzgesetzes gegen die Sozialdemokratie geschehen soll, darüber sind sich die bürgerlichen Gelehrten noch nicht ganz klar. Theils soll's nun ein neues Sozialistengesetz geben, theils soll wieder einmal „geistig“ bekämpft werden. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, eins der schärfsten nationalliberalen Blätter, schreiben heute in dem letzteren Sinn:

Die Frage, ob es möglich sein würde, die Arbeiter, deren Lebensbedürfnis gegenwärtig meist von der sozialistischen Presse befriedigt wird, mit einer gefundenen Zeitungslektüre zu versehen, die freilich zunächst nahezu ungenügend (nicht völlig) verbreitet werden müßte und daher erhebliche Opfer erfordern würde — verdient wohl Erwägung. Daß das Problem der Arbeiterpresse bis zur Stunde trotz der früher darüber bestandenen Zukunftspläne noch nicht gelöst worden ist, ist ebenso zuzugeben, wie das Bedürfnis, den Arbeitern die Wahrheit über die sozialistischen Utopien zu sagen, andererseits ihnen aber auch die Möglichkeit zu bieten, Wünsche und Klagen an die Öffentlichkeit zu bringen.

er warm. „Und das mit dem Weiting, das nimmst Du mir doch nicht abel — was, mein Junge?“

Glorian schüttelte nur den Kopf. Er nahm sich an Hartung's Seite wie ein menschenfreundlicher kleiner Gnom neben einem starken jungen Riesen aus.

Alle hatten wieder ihre Plätze eingenommen, nur Ferdinand mußte noch ein- oder zweimal nach der Wirthschaft nebenan eilen. Dora bewunderte mit schüchternem Mädchenreize den Ring, den Lotte am Finger hatte.

„Nein, diese Franzosen!“ sagte sie, „ist's denn wirklich Pariser Arbeit, Hans?“

„Echte Pariser Arbeit,“ versetzte Hans. „Ja, sie sind geschickt in diesen Sachen... da zum Beispiel...“

Er zog einen dritten Ring, leicht und geschmackvoll in Gold gearbeitet und mit einem funkelnden Stein verziert, aus der Tasche. Und ehe noch die erschrockene kleine Schelm in sich versah, hatte sie ihn am Finger. Auch Vater Bernicke, und Schnick, und Ferdinand wurden mit hübschen kleinen Andenken bedacht, und für den abwesenden Wilhelm war gar eine Taschenuhr von seiner Arbeit da. Der Ruf des bösen Paris stieg mit einem Male gar gewaltig. Das war ein Tag heut, so einzig und schön, wie ihn die Familie Bernicke in ihren besten Zeiten nicht erlebt hatte!

„Aber nun erzählen Sie auch etwas von Ihrem Paris, Schwager Hans“, versetzte Ferdinand, der gerade sein fünfklügeliges Pariser Messer probirte.

Hans begann zu erzählen, und die andern hingen lauschend an seinem Munde. Er erzählte von den sturmbelegten letzten Tagen, in denen er selbst handelnd mit eingegriffen hatte. Er erzählte von der Tapferkeit des Pariser Volkes, das seine Feiniger mit einem energischen Schütteln des kräftigen Nackens in den Roth geschleudert hatte. Er erzählte, wie das Diebesgesindel, das achtzehn Jahre lang Frankreich regiert hatte, vor den ehern dahinschreitenden Volksbataillonen die Waffen gestreckt hatte und feig geflohen war, und wie nun nicht mehr bloß die sogenannte „Freiheit“, sondern auch das Recht auf Arbeit, der soziale Gedanke gesiegt habe — wie man einen Arbeiter zum Minister erwählt habe, wie man ein Arbeiter-Parlament berufen, die Arbeit organisieren und endlich der Mißwirtschaft der Bourgeoisie einen Damm entgegenzusetzen wolle. (Fortsetzung folgt.)

Diese letztere Schwierigkeit begreifen wir allerdings vollkommen und meinen eine stille Thron des Mitleids. Es dürfte allerdings sehr schwer sein, hergehois- und regierungsfromme Organe zu gründen, in denen man einerseits die Sozialdemokratie „vernichten“ will, andererseits aber auch die wirklichen Wünsche und Klagen der Arbeiter an die Öffentlichkeit kommen lassen. Die wirklichen Klagen und Wünsche der Arbeiter, die repräsentiert eben gerade die Sozialdemokratie in ihrer Kritik und in ihren Forderungen. Und deswegen kann aus dem schönen Traum einer gleichzeitig sozialisten-fressenden und doch arbeitervriendlichen Presse nichts werden. Und deswegen müssen sich die Arbeiter vorläufig noch mit ihren eigenen Zeitungen begnügen. —

Die Zentrumspresse behauptet — und sie unterstützt die Behauptung mit mancherlei Gründen —, daß die Regierung absichtlich und planmäßig die Umsturzvorlage zu Fall gebracht habe. In dieser Allgemeinheit ist das jedenfalls nicht richtig. Von Plan und Methode im Vorgehen der Regierung kann unmöglich gesprochen werden. Oder sollte die Planlosigkeit, mit der die Mitglieder der Regierung in der zweiten Lesung des Umsturzgesetzes vorgegangen, etwa Plan gewesen sein? Das hieße dem Bismarck zu viel Ehre anthun; derselbe hat wohl einen Willen — sogar jede Stunde einen anderen — aber keinen Plan. Das aber steht fest, innerhalb der regierenden Klassen und auch wohl innerhalb der Regierung sind Elemente, die einen Konflikt mit dem Reichstage wünschen — einen Konflikt, der von größerer Tragweite wäre, als weiland der Konflikt zu Anfang der 60er Jahre. Damals handelte es sich um einen Konflikt zwischen Volksvertretung und Regierung — Landtag und Bismarck —; und diesmal war es ein Konflikt zwischen Volksvertretung und Krone — zwischen Reichstag und Kaiser.

Dieser Konflikt liegt auf dem Wege aller Politiker, deren Ideal der Staatsstreik ist. —

Das neue preussische Vereinsgesetz soll bis zum Herbst verlag werden. Der „Hamburger Korrespondent“ veröffentlicht einen ihm „aus parlamentarischen Kreisen“ — nach der Lebensstellung des Verfassers könnte es ebenso gut heißen „aus Regierungskreisen“ — zugegangenen Artikel, in dem die Gründe für und wider ein neues Vereinsgesetz in Preußen erwogen und von taktischen Gesichtspunkten aus der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß es „rathlicher sein würde, die ganze Aktion bis zum Herbst zu verschieben“. Um so dringlicher ist es nach der Auffassung sachverständiger Politiker und Kenner der parlamentarischen Verhältnisse, daß, wenn an die Einbringung einer solchen Novelle zu dem Vereinsgesetz für die laufende Session des Landtages überhaupt gedacht wird, die Sache nach allen Richtungen hin sehr geschickt inszeniert und ebenso weiter behandelt werden muß, wenn anders der Mißerfolg im Reichstage im Landtage wett gemacht werden soll.

Nun, im reaktionären preussischen Abgeordnetenhaus wird ja nicht allzu viel Geschicklichkeit dazu gehören, die geplante „Aktion“ durchzuführen. Für das Abgeordnetenhaus ist am Ende Herr von Koller gerade noch geschickt genug. —

Die Nachtragsetats sind am Mittwoch dem Reichstage zugegangen. Der erste Nachtragsetat beläuft sich auf 50.000 M. in Einnahme und Ausgabe für das ostafrikanische Schutzgebiet, 20.000 M. für Kamerun. Zur Verringerung der Kolonialabteilung an der Berliner Gewerbeausstellung 1896 werden im zweiten Nachtragsetat 50.000 M. gefordert. Diese Forderung wird also begründet: Die im Frühjahr 1896 stattfindende Berliner Gewerbeausstellung hat u. a. eine koloniale Gruppe in Aussicht genommen, um in thunlichster Vollständigkeit diejenigen Gegenstände vorzuführen, welche weiteren Kreisen einen Ueberblick über den Entwicklungszustand der deutschen Schutzgebiete, sowie ihre Handels- und Verkehrsbeziehungen zum Mutterlande zu verschaffen geeignet sind. Es wird darauf hingewiesen, welche Gebäude hauptsächlich in diesen Schutzgebieten zur Unterbringung der kaiserlichen Verwaltung und ihrer Organe errichtet und welche bauliche Anlagen dort anderweitig den öffentlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind — wie Gasanlagen, Leuchtthürme, Lazarethe, Schulhäuser u. s. w. — welche verschiedenen Transportmittel an Regierungsdampfern u. s. w. zur Verfügung stehen, welche Ergebnisse für die Erforschung der

Literarisches.

Abelheid Popp. Die Arbeiterin im Kampfe mit Dasein. Wien. Verlag der Ersten Wiener Volks-Buchhandlung. Preis 20 Pfennig.

Die Verfasserin des vor uns liegenden Schriftchens ist wahrscheinlich weiterer Kreise der deutschen Parteigenossen unter ihrem früheren Mädchennamen Abelheid Dvorak besser bekannt. Es ist unsere strebsame österreichische Genossin, die seit Jahren unermüdetlich agitatorisch thätig ist und insbesondere die Arbeiterinnen für die sozialistische Bewegung zu gewinnen sucht und wie bekannt, mit dem besten Erfolg. Die Schrift enthält, gestützt auf die Lebenserfahrungen der Verfasserin, die selbst viele Jahre Arbeiterin war und die Zustände, die sie schildert, aus dem Grunde kennt, einen lebhaften Appell an die Arbeiterinnen aller Berufe, sich der sozialistischen Bewegung anzuschließen, von der allein sie eine Besserung ihrer traurigen Lage und die Erhebung zu menschenwürdiger Existenz zu erhoffen haben. Obgleich die Verfasserin ihre Beispiele und Schilderungen aus dem Leben der österreichischen Arbeiterinnen entnimmt, so passen dieselben und ihre Beurteilung auch vollkommen auf die deutschen Verhältnisse. Die kapitalistische Entwicklung zeitigt überall, wo sie in die Erscheinung tritt, die gleichen Blüten und Früchte. Das gilt von der Arbeiterin nicht bloß als solcher, sondern insbesondere auch als Geschlechtswesen, als welches sie Zumuthungen und Bedrückungen ausgesetzt ist, die der Arbeiter nicht kennt. Wir können das warm und lebendig geschriebene Schriftchen den Genossen und insbesondere den Genossinnen aufs wärmste empfehlen. A. B.

Timm, Johannes. Das Sweating-System in der deutschen Konfektions-Industrie. Giesburg, 1895. Verlag von Fr. Holzhauser.

In keiner Grobindustrie hat wohl die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch das Zwischenmeister-System solche Ausdehnung gewonnen, wie in der Bekleidungs-Industrie. In der sogenannten Konfektion. Die Anfertigung von Konfektionswaaren für Damen ist stärker noch diesem Schicksal verfallen, als die Herrenkonfektion, da die Verfertigung von Damenmänteln, Schürzen, Kleidern u. dgl. meist in den Händen von Frauen liegt, die der Ausbeutung erfahrungsgemäß weit geringeren Widerstand entgegensetzen, als ihre männlichen Leidensgenossen. Um diesen Abelskinder energisch entgegenzutreten, hat der Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen durch den Genossen Timm die vorliegende Agitationschrift verfaßt lassen. In klarer und überdeutlicher Weise wird darin auseinandergelegt, wie die mächtig in Deutsch-

einzelnen Ländergebiete (Relieffarten, Photographien u. s. w.) vorliegen. —

Die Umsturzvorlage und die ausländische Presse. Nach dem wir schon gestern die treffenden Bemerkungen des Hauptorgans der englischen Konservativen, des „Standard“, zum Fall der Umsturzvorlage wiedergegeben haben, seien heute, nach einer Londoner Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“, noch einige interessante Prestitimen nachgetragen. Alle Londoner Blätter zeigen sich danach sehr befriedigt über die Verwerfung der Umsturzvorlage durch den Reichstag und alle geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung aus ihrem Mißerfolge die nöthigen Lehren für die Zukunft ziehen werde. Am schärfsten spricht sich das „Daily Chronicle“ aus. Der Kaiser, jagt das radikale Blatt u. a., habe jetzt eine günstige Gelegenheit, den Grafen Caprivi — den einen großen Staatsmann, welchen die Nach-Bismarck'sche Zeit hervorgebracht hat — zurückzubringen oder die mehr liberal gesinnten Elemente im Reichstage zu nahe zu ziehen. Die Aktion des Reichstags bedeute, daß das Land eine freie Besprechung aller ernstlichen Fragen wünsche und es sollten daher alle Versuche, die persönliche Freiheit einzuschränken, aufgegeben werden. Der „Daily Telegraph“ findet es unbegreiflich, daß die Rathgeber des dritten deutschen Kaisers so wenig gelernt haben aus früheren mißlungenen gesetzgeberischen Versuchen, durch Beschränkung der persönlichen Freiheit den Geist der Revolution auszuweiden, denn die Umsturzvorlage habe in vielen Beziehungen doch nur dem gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesetz gegolten. Die „Times“ sagten Herrn von Koller einige unangenehme Dinge und bemerkten zum Schluß: „Man trauete sich gegenseitig nicht. Wahrlich ist das beste, was die Regierung thun kann, wenn sie ihre Niederlage ruhig hinnimmt und versucht sie zu vergessen. Möglich, daß die Nation sie dann auch eher vergißt.“

Die „Daily News“ faßt sich ziemlich kurz. „Die Verwerfung der Vorlage“, heißt es dort, „beweist aufs neue, welches schlechte Verhältnis zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag besteht. Sie zeigt, wie sehr die Mehrzahl der Volksvertreter der Regierung mißtraut. Der Reichstag empfand augenscheinlich, daß die Regierung das Gesetz nicht gerecht anwenden würde und ein Streich gegen die Volksfreiheiten sich hinter jedem Paragraphen barg. Der Reichstag hat seine Pflicht gethan. Das deutsche Gesetz, wie es jetzt ist, reicht völlig für alle Gesahren hin, welche als Entschuldigung für die Willkür dienen. Der Kaiser und seine Rathgeber sollten die Zeichen der Zeit verstehen.“

Christlich-Soziale und die konservative Partei. Der „Reichsbote“ macht folgende Mittheilungen: „Offenbar geht man in den Kreisen der Naumann'schen „Hilfe“ und des „Volk“ damit um, die christlich-soziale Partei als besondere Partei getrennt und im Gegensatz zu der konservativen als politische Partei zu etablieren.“ Die „Nordd. Allg. Zig.“ sucht diese Spaltung etwas unwahrscheinlich zu machen, wenn sie auch dieselbe nicht ablehnen kann. Sie will nämlich gehört haben, daß „dies Vorgehen den Herren vom „Volk“ und von der „Hilfe“ wohl wenig nützen werde; denn die älteren Christlich-Sozialen, namentlich Stöcker, Weber, Glöckner werden energisch für den bisherigen Zusammenhang der Christlich-Sozialen mit der konservativen Partei — als Gruppe innerhalb derselben — eintreten.“

Wenn es aber wirklich wahr sein sollte, daß die Christlich-Sozialen Naumann'scher Richtung eine selbständige Partei gründen wollten, so wäre hierfür doch niemand anders als die berufene Vertreterin der konservativen Partei, die „Krenz-Zeitung“, die Ursache. Denn dieses Blatt war es, das vor einigen Wochen die genannte christlich-soziale Gruppe als Gegner betrachten zu wollen erklärte. Die christlich-soziale Zeitung des Pastors Naumann hatte wenigstens versucht, in ihrer Art ernsthafte Sozialpolitik zu betreiben. Und das paßte den Junker-Konservativen natürlich nicht in den Kram. Warum nun die Anstrengungen auf Seite der Konservativen, die definitive Abzweigung der Christlich-Sozialen zu verhindern? —

Petitionen an den Reichstag. Das 18. Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen enthält u. a. solche um Einberufung einer internationalen Münzkonferenz, um Abänderung des Zunderfeuer-Gesetzes, um Auflösung der genossenschaftlichen Konsumvereine und Waarenhäuser, um Anweisung an die Provinzialämter, freihändig zu kaufen, um Verbot der Einfuhr des Quebrachholzes oder Joll auf dieselbe; weiter Vorschläge, betreffend das sozialpolitische Versicherungswesen und den unaufrichtigen Wettbewerb; eine sehr große Reihe von Petitionen gegen die Umsturzvorlage; weitere betreffend die Abänderung der Gesetze wegen der Binnenschifffahrt, der Fischerei,

Land, besonders in Berlin aufblühende Konfektionsindustrie auf der Ausbeutung der ärmsten Arbeiter und Arbeiterinnen beruht. Die großen Handelsgeschäfte vergeben ihre Arbeit an Mittelwänner, die nach einem englischen Ausdruck Sweaters oder Schweißmeister genannt werden. Der Schweißmeister läßt die Artikel von Arbeitern anfertigen zum geringeren Theile in seiner eigenen, meist in deren Wohnung. Die übelsten Folgen der Hausindustrie, beständig wachsende Elend und ungesunde Wohnung und Arbeitsverhältnisse sind die Begleitererscheinungen dieses Systems. Timm hat sie sehr zu günstig als zu ungünstig geschildert. Nach den uns zugegangenen Informationen lassen sich z. B. die auf Seite 18 gerügten Benachtheiligungen der Mäntelschneiderinnen bei der Anfertigung von Mäntelmustern gar nicht vermeiden, da für Muster durchweg ein fester Meßmaß von nur 50—75 Pf. gezahlt wird, während die weit größere Mühe der Anfertigung einen höheren Preis bedingen müßte. Für Zuschneiden wird ferner jezt dem Mittelmann nicht mehr, wie Timm meint, 20 Pf. circa, sondern nur noch 10 Pf. gezahlt. Die Bäcker, die nach Timm's Angabe mit 21 M. wöchentlich entlohnt werden, sind in der Damenkonfektion bereits vielfach durch Frauen ersetzt, die sich mit einem geringeren Lohn, bis zu 12 M. herunter, begnügen.

Zur Verringerung der gerügten Verhältnisse will nun der Verein der Schneider und Schneiderinnen gemäß seinen Kongreßbeschlüssen für folgende gesetzliche Maßregeln agitieren:

1. Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie;
2. Verringerung der Arbeitsmehrfachung der Hausindustriellen beim Erlaß von Arbeiter-Gesetzen;
3. ein streng durchgeführtes Verbot des Schweißsystems.

Für die Einrichtung von Konfektionsfabriken durch die Geschäfte soll ferner unter den Arbeitern und Arbeiterinnen selbst eifrig Stimmung gemacht werden. Da faßt aber Genosse Timm die Sache wohl etwas zu optimistisch auf. Er übersieht, daß eine große Zahl von Arbeiterinnen überhaupt nicht für eine solche Forderung zu gewinnen sein werden, nämlich alle diejenigen, die gleichzeitig einen Haushalt zu führen und Kinder zu beaufsichtigen haben. Leider hat unsere industrielle Entwicklung davon eine große Zahl in den Dienst der Industrie gepreßt. Sie nehmen sich Arbeit nach Pause, um einen Theil ihrer Zeit damit auszufüllen und wollen gar nicht in die Fabrik gehen. Unter ihnen steht noch eine große Reservearmee von Frauen, die auch eine solche Beschäftigung vertreiben. Sie sind bereit, für fast jeden Preis zu arbeiten und erleichtern den Unternehmern die Aufrechterhaltung des Schweißmeister-Systems. Trotzdem muß natürlich der Versuch gemacht werden, wenigstens die unabhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen zur gemeinschaftlichen Erlämpfung besserer Arbeitsbedingungen zu sammeln. G. L.

der Gewerbe-Ordnung, der Brandversicherer und des Zollvereins-Vertrages; endlich solche gegen den Antrag Desl. (Aufhebung des Handelsvertrages mit Argentinien) und für den Antrag Rauten.

Die Polizei gegen die Studenten. Eine Versammlung der hiesigen sozialwissenschaftlichen Studenten-Vereinigung wurde polizeilich aufgelöst.

Nach bei der neuesten Schießerei in Mainz ist der betreffende Soldat, Musketier Helle, auf telegraphisch eingetroffenen Befehl des Kaisers geehrt worden. Das Telegramm enthielt die Weisung, daß dem Soldaten für sein tapferes Verhalten die allerhöchste Anerkennung seines obersten Kriegsherrn durch den Gouverneur Herrn von Hölle vor der versammelten Mannschaft des 1. Bataillons und in Anwesenheit des gesamten Offiziers-Korps des Regiments auszusprechen sei. Bei der Ausführung dieses kaiserlichen Befehls waren außer dem Gouverneur, dem Oberst und dem Offiziers-Korps des Regiments Nr. 87 noch die Herren Kommandant Scharf v. Scharthoff und der Brigadegeneral v. Bardeleben anwesend, sowie sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften des Bataillons. Dem Soldaten wurde der kaiserliche Befehl mitgeteilt, die allerhöchste Anerkennung ausgedrückt und das Verhalten des also geehrten der übrigen Mannschaft in ähnlichen Fällen zur Nachahmung empfohlen. Jeder der anwesenden Generale, der Stabs- und anderen Offiziere beehrte darauf Helle mit einem Händedruck.

Der „Mainzer Anzeiger“ schreibt zu der Schießerei treffend: Ein merkwürdiger Zufall will, daß der schneidige Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf von der Armes gesagt hat, sie wolle kein Blut vergießen; Polizei und Feuerprüge genügen, um Widerpenstige zu Paaren zu treiben. Aber das ist Theorie; in der Praxis wird geschossen und gestochen.

Buchmühl. Der Redakteur Rost vom „Neuen Freien Volksboten“ erhielt wegen eines jüngst veröffentlichten Artikels: „Buchmühl und die öffentliche Meinung“ ein Strafmandat von 60 M., weil der Artikel geeignet sei, in staatsfeindlichen, ordnungs- und vaterlandsliebenden Kreisen „Kerngarn“ zu erregen. — Der Preßsünder hat doch nicht etwa gegen die armen Buchmühl geschrieben? Das müßte bei allen anständigen Menschen allerdings Kerngarn erregen.

Das ungarische Oberhaus hat wieder das Gesetz über die Konfessionslosigkeit und darüber die Rezeption der Juden abgelehnt.

Proportionalwahl in der Schweiz. In der Stadt Freiburg ist zum ersten Male der aus dem Mitglieder bestehende Gemeinderath nach den gesetzlichen Bestimmungen betr. die Proportionalwahl gewählt worden. Hierbei gelang es den Arbeitern zum ersten Male, eine Vertretung im Gemeinderath zu erringen und zwar in der Person des Genossen Kaufmann Bischoff. Ohne Proportionalwahl wären sie noch lange nicht dazu gekommen.

Und Anlaß der letzten, von einem heftigen Kampfe begleiteten Wahlen in Basel wollen sich die dortigen Genossen nachsicht mit der Volksinitiative für die Proportionalwahl beschäftigen. Vor 4½ Jahren wurde die bezügliche Initiative vom Volke verworfen. Heute glaubt man eher auf Annahme rechnen zu können. Unsere Basler Genossen haben statt der ihnen gebührenden 28 nur 7 Vertreter im Kantonsrath.

Mit der Änderung des Wahlgesetzes wird sich nächste Woche auch der Zürcher Kantonsrath zu befassen haben. Der Staatssekretär Stähli hat nämlich die Ersetzung des jetzigen absoluten Mehrs durch das relative Mehr vorgeschlagen, um dem Volke die Wahlarbeit zu erleichtern. Doch ist es fraglich, ob der Kantonsrath dem Vorschlage zustimmen wird. Für die Sozialdemokraten bedeutet in der Vorwahl kaum einen Fortschritt, ihnen kann nur das Proportional-Wahlrecht eine gerechte Vertretung bringen. Und wie dringend notwendig da Gerechtigkeit ist, zeigen die Verhältnisse der Stadt Zürich. Bei den jüngsten Stadtrathswahlen erhielten die Sozialdemokraten 28 pCt. (2900) sämtliche abgegebenen Stimmen, aber es wurden nur 18 statt 33 Sozialdemokraten gewählt, während die Freisinnigen 54 statt nur 35 und die Demokraten 42 statt nur 33 Vertreter haben.

Vollstimmung in der Schweiz. Im Kanton Zürich hat das Volk am nächsten Sonntag über vier Gesetzesvorlagen abzustimmen. Zwei davon betreffen die Erhöhung und Ausdehnung der bestehenden Erbschaftsteuer, die eine führt die obligatorische Viehverversicherung ein und die vierte hat nur lokales Interesse. Bemerkenswert ist, daß der Bauernbund die Erbschaftsteuer bekämpft, trotzdem der Erbantheil von 5000 Fr. für jedes Kind steuerfrei bleibt und der Steuerfuß für größere Erbantheile nur 1 pCt., mit Progression bis auf 2 pCt. beträgt. Dagegen ist der Bauernbund mit der Einführung der obligatorischen Viehverversicherung gern einverstanden, für die die Staatskasse 800 000 Fr. zur Bildung des Versicherungsfonds und der Kanton wie der Bund jährlich je ca. 44 000 Fr. beitragen. Die Arbeiter werden für alle vier Vorlagen stimmen, doch ist das Schicksal der Erbschaftsteuer vorläufig zweifelhaft.

Die neuesten Enthüllungen über Crispi haben in Italien ein ebenso großes Aufsehen erregt, wie seinerzeit der berühmte „Plico Giolitti“ — das „Päpchen Giolitti“. Die Schriftstücke betreffen, wie aus den italienischen Preßstimmen erhellt, Crispi sehr schwer und sind von unbestrittener Echtheit. Die Regierungsbürokraten wenden sich nicht gegen den Inhalt, sondern gegen die Veröffentlichung, was als Zugeständnis der Echtheit gelten kann. — Man schreibt uns hierüber aus Mailand:

Der unerschrockene bürgerliche Freiheitskämpfer, Felice Cavallotti, hat sich das geschichtliche Verdienst erworben, durch Veröffentlichung von Aktenstücken der Welt eine Reihe von Thatsachen vorzuführen, die ein Bild von Crispi's politischem Leben aufrollen, ein Schandbild so furchtbar gemeiner, infamer Natur, wie es noch niemals in der Geschichte der Völker und Nationen ein noch in voller Mächtigkeit und Herrschaft stehender Staatsmann, der Schlingling und geliebte Außenfreund eines regierenden Schein Königs, wie ein Geistes der Remes hat vor sich aufstellen sehen. Die Aktenstücke wurden Cavallotti behufs der Veröffentlichung übergeben von Santoro, dem zuerst von Crispi ausgeschieden, später fortgesetzten Direktor von Porto Ercole, der gegenwärtig, wie einst Giolitti, Italien verlassen und sich nach Paris begeben hat. Der „Secolo“ von Mailand, dessen hohes Verdienst um die Sache der Freiheit in dem erbitterten, unausgesetzten Kampfe gegen Crispi wiederholt an dieser Stelle hervorgehoben wurde, bringt den Brief und die Einleitung Cavallotti's mit dem gesamten Wortlaut der Aktenstücke in einer vollen Beilage vom gestrigen Tage, die ein geschichtliches Denkmal ersten Ranges genannt werden kann. Die Vollzeilen der Aktenstücke und die Briefe sind gedruckt in Rom um diese Beilage, in London und Paris um jeden Preis auf, so daß der Finanzminister Sonnino selbst kein Original erhalten konnte und einen kühnen Brief um ein Exemplar an den Klub der Presse in Rom schrieb. Cavallotti erklärt in der Einleitung, daß, was er hier veröffentlicht, noch keineswegs das ganze in seinem Besitze befindliche Material sei, als guter Soldat, der vor dem Feinde stehen soll, wolle er sein Pulver noch aufsparen. Es ist natürlich unnötig, in dem ersten vorläufigen Bericht auch nur einen Nebenbrieff der Aktenstücke zu geben. Für heute nur ein paar der von Crispi mit ausdrücklichen Wortengebilligten Grusel aus Porto Ercole. Diese sind vielfach so haarsträubend, daß Cavallotti zum Vergleich mit den furchtbarsten Reiten der Bourbonen den berühmten Brief hinan-

geführt hat, den der heute noch lebende Stabskone nach 1848 an Lord Aberdeen schrieb, worin er das Bourbonen-Regiment die Negation des Menschlichen, aber auch die Negation Gottes nannte und Cavallotti fährt fort: „Aber Crispi's Herrschaft unter dem heutigen Königthum ist noch mehr als die Negation Gottes und des Menschen: es ist eine Art wohlthätigen Deliriums der Nachsicht, des Morbens mit ausgesuchten Qualen.“

Dier einige Thatsachen: der Ex-Direktor Santoro erklärt mit Namensunterschrift: „Schon als ich am 1. Juni mein Amt antrat, war ich starr vor Staunen, daß sehr viele Gefangene, seit Monaten eingeschlossen gar nicht wußten, weshalb sie hierher geführt worden waren, sie waren einfach überallher aufgegriffen und in Ketten hergeschleppt. Mir erschien dies als eine vollständig genaue Wiederholung der Petres de Cachet für die Politik. Einer von diesen in Ketten liegenden war achtzig Jahre alt, er ist noch dort, sein Name ist Francesco Muratore; ein anderer war vollständig blind und schleppte sich auf Krücken, sein Name ist Gaetano Proto; ein anderer hatte ein großes Krebsgeschwür am rechten Bein, sein Name ist Catalano Carmello; ein anderer war paralytisch in hohem Grade, er heißt Salvatore Grassi; ein anderer mit Lupus befallen, heißt Francesco Mosario. Dies sind nur ein paar Beispiele — ich will von den andern schweigen.“

Ich schrieb sofort einen Bericht an den Minister, aber ich erhielt keinerlei Antwort, es kamen immer mehr Gefangene zum Zwangswohnort an und ich mußte alle vorhandenen Räume anfüllen, so gut es ging. Endlich auf meine wiederholten dringenden Ersuchen nach Rom um Abhilfe schickte der Minister mir zum Unterhandeln den Präfecten von Grosseto, Herrn Battista. Als ich diesem erklärte, um hier Abhilfe zu schaffen, müßte die ganze Kolonie aufgelöst werden, erwiderte mir Herr Battista, ich sei wahnsinnig, man brauche höchstens ein Duzend nach der Insel Salsola zu transportieren und hier, so fährt Herr Santoro fort, muß ich Ihnen, Herr Cavallotti, das Gesandnis machen, daß mir Herr Battista erklärte, der Minister habe ihm befohlen, besonders darauf zu achten, daß alle italienischen Gefangenen Tag und Nacht eingeschlossen in den Kerker blieben. Bis zum 7. März dieses Jahres waren 315 neue als Anarchisten angelegte Gefangene angekommen; ihre Behandlung war die der übrigen Gefangenen: ein Strohsack mit Strohhede, ein Brot täglich von 500 Grammen und Abends einmal eine Suppe von 100 Grammen.

Die sozialistische Organisation zu Rom hat für die bevorstehenden Parlamentswahlen folgende Kandidaten proklamiert: Rom, erster Wahlkreis, Giovanni Tomacini, Chefredakteur des „Blattes „Alba“; zweiter Wahlkreis, Enrico Bertet; dritter, Andrea Costa; vierter, De Felice; fünfter, Castellucci. In Albano wurde Podrecca aufgestellt und in Velletri soll De Felice aufgestellt werden.

Die in Zwangsdomizil verurtheilten Sozialisten und Anarchisten, die sich gegenwärtig in Port' Ercole befinden, sollen nach den zur Provinz Foggia gehörigen Trinitä-Anseilen überführt werden. Diese Maßregel dürfte eine Folge der Enthüllungen sein, die der radikale Abgeordnete Felice Cavallotti über die skandalöse Behandlung der armen Gefangenen in Port' Ercole gemacht hat.

Was unsere Gegner sich vorliegen. Durch die Bourgeoispreß geht folgende Notiz:

London, 12. Mai. Die arbeitserfindliche Taktik der sozialdemokratischen Trade-Unions in England wird an einem recht drastischen Beispiel augenfällig illustriert. Einem Eisenwerke am Tyne sollte eine sehr bedeutende Stahllieferung zu lohnendem Preise übertragen werden, aber nur in der Voraussetzung, daß nicht durch unbillige Ansetzung eines Streikes die Innehaltung des Lieferungsstermins vereitelt würde. Es handelte sich also darum, die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse zur Eingehung der Verpflichtung zu veranlassen, daß sie bis nach Ablauf des Lieferungsstermins keinen Streik loslassen würden. Das paßte aber den sozialdemokratischen Fehlelementen nicht in den Kram, sie stellten es als eine mit der persönlichen Freiheit des Arbeiters unvereinbare Zumuthung hin, sich für einen bestimmten Zeitraum im voraus zu binden. Infolge dessen verlor die Firma den Auftrag und die Arbeiter den Verdienst, aber das Streikprinzip war gerettet.

Wie albern, diese Notiz. Jedenfalls hat die betreffende Firma — vorausgesetzt, daß nicht alles esogen ist — die Gelegenheit zu einer Beschränkung des Koalitionsrechtes benützt und ist damit natürlich abgeblüht. Daß es in England keine „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ giebt, obgleich die englische Arbeitererschaft sich mehr und mehr dem Sozialismus zuwendet, sei nur nebenbei erwähnt. Und für wen ist nun diese Notiz geschrieben? Kein Arbeiter glaubt den Blödsinn. Die Herren Bourgeois belügen einfach sich selber.

Unsere belgischen Genossen haben, wie wir schon berichtet haben, am letzten Sonntag einen großen Wahlsieg errungen. Die Bedeutung dieser Wahl nötigt uns, auf dieselbe nochmals zurückzukommen. Unsere Parteigenossen haben einen großen Stimmengewinn zu verzeichnen, sie haben gegen die Hauptwahl am 14. Oktober v. J. 7495 Stimmen gewonnen, während die Liberalen 7368 und die Ultramontanen 1709 Stimmen verloren haben. Aber nicht bloß in diesem äußeren Erfolge liegt die Bedeutung der Wahl. Unser Kandidat, der Lehrer Pelen, war schon im vorigen Jahre von den Wählern ins Parlament entsendet worden. Die Minister hatten die größten Anstrengungen gemacht, die Wahl für ungültig zu erklären und der Ministerpräsident hatte erklärt:

„Wenn eines Tages das allgemeine Stimmrecht den Beamten, dessen Wahl sie für ungültig erklärt haben, wieder in die Kammer entsenden würde, so wäre dies die bröckelnde Obrigkeit, die jemals auf der Wange eines Ministers geklaut hat.“

Noch ist eine Stichwahl nötig, die aber wohl den Sieg unseres Kandidaten zu einem endgültigen machen wird.

Unser belgisches Parteiblatt schreibt zu diesem Wahlsiege: „Es ist mehr wie ein Sieg, den wir errungen haben, es ist ein Triumph. Er ist der vollgiltige Beweis, daß der belgische Sozialismus mit Riesenschritten dem Entscheidungstapfe um die öffentlichen Gewalten entgegengeht.“

Die Engländer haben in Zentral-Asien noch immer vielfache Angriffe durch die Eingeborenen zu bestehen. Aus Simla wird gemeldet, daß die Eingeborenen in Tschitral fortjahren, die britische Verbindungslinie zu belästigen; der Kampf wurde die britische Post angegriffen, wobei 7 Kulis getödtet und 20 verwundet wurden; zwischen Mandab und Khar im Swat-Thale wurden die Telegraphendrähte zerschnitten.

Nach einem Telegramm aus Bagdad ist im Tschit-Thale ein britischer Lieutenant von einem Fanatiker ermordet.

Staatsbankrott und Reaktion in Serbien. Der Zusammenbruch der serbischen Herrlichkeit scheint bevorzustehen, die am 1. Juli fälligen Zinsen für die große serbische Staatsschuld werden kaum aufgebracht werden können. Zu den inneren Schwierigkeiten tritt nun der marshallische Staatsbankrott. Alle reaktionären Maßregeln werden die serbische Regierung nicht stützen können. Die neueste Waffe der serbischen Regierung bei ihrer „Umkehrbewegung“ ist die Gemeindebesennoelle, wodurch die Regierung ermächtigt wird, in „unbotmäßigen“ Gemeinden die autonome Gemeindeverwaltung zu suspendieren und einen Regierungskommissar einzusetzen.

Eine japanisch-russische Frage ist richtig entstanden. Japan protestiert nachdrücklich gegen die russischen Gebietsfor-

derungen und hat dabei unzweifelhaft England hinter sich. Rame es zum Krieg, so würde derselbe sicherlich nicht auf Japan und Rußland beschränkt bleiben.

Indianer-Unruhen in Nord-Amerika. In Arizona haben Indianerbanden verschiedene Bergarbeitergesellschaften angegriffen; Kavallerie ist entsendet worden, um die Indianer zu verfolgen. Es wird ein allgemeiner Aufstand befürchtet.

Parlamentsberichte.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 13. Mai 1895. 1 Uhr.
Am Regierungstische: Schönded, v. Berlepsch.
Präsident Fürst zu Stolberg theilt ein Schreiben des Fürsten v. Bismarck mit, in welchem derselbe dem Hause seinen verbindlichen Dank für den Beschluß des Hauses vom 29. März (Aufstellung der Hölle des Fürsten v. Bismarck im Herrenhause) ausspricht.

Neu berufen in das Haus sind die Herren Oberbürgermeister Haken-Stettin, Erster Bürgermeister Dr. Adolph-Frankfurt a. O., v. Esbeck-Platen auf Capelle, Graf v. Werthern-Seeligen, Graf Guthen-Czapski, v. Below-Saleske, Dr. Freiherr v. Lucius-Wallhausen, Graf v. Behrenhoff, Justizminister Schönded und Ober-Landeskulturgerichtspräsident Gahel.

Es folgt der Bericht der verfaßten Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen in den der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 bisher nicht unterworfenen Theilen der Provinz Hessen-Nassau.

In der Spezialdiskussion wird bei der Einleitung des Gesetzes der Antrag v. Jbell, das Herzogthum Nassau von der Vorlage auszunehmen, angenommen.

Im übrigen wird die Vorlage nach der Kommissionsfassung mit einer vom Oberbürgermeister Weierburg-Kassel beantragten Uebersichtsbestimmung, welche Justizminister Schönded akzeptiert, angenommen.

Ein Verlagsantrag wird um 5 Uhr abgelehnt.
Es folgt die einmalige Schlussberatung über den Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes, betr. die Konsolidation preussischer Staatsanleihen.

Der Bericht wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.
Für die Rechnungen des 46. Berichtes der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens in 1893/94 wird der lgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden Decharge erteilt.

Schluss 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Antrag Mirbach, betr. die Währungsverhältnisse).

Parfeinadrichten.

Einen häßlichen Wortbruch hat man sich in Zentrums-Köln zu schulden kommen lassen. Die Parteien waren dort einig geworden, bei der letzten Reichstagswahl äußerlich gleichartige Stimmzettel herauszugeben. Im Severinsviertel sind aber von hierher Stimmzettel ausgegeben worden, die in Größe und Farbe des Papiers von den vereinbarten Form abwichen. Wie sich das mit der Devise des Zentrums: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ verträgt, entzieht sich unserm allerdings nicht geistlich geschulten Begriffsvermögen.

Zur Wahlbewegung im Kreise Köslin-Rolberg wird dem „Volksboten“ geschrieben, daß sich dort wegen Mangels an Lokalen bisher nur die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel möglich gewesen ist, und zwar wurde diese in Köslin veranstaltet. Unter solchen Umständen kann die Agitation nur durch die Vertheilung von Flugblättern und sonstigen Druckschriften geschehen. Bei der Verbreitung der Flugblätter ist nun — da der Termin der Wahl noch immer nicht bekannt gemacht wurde — alles vernieden worden, was auch nur annähernd die Annahme einer öffentlichen Verbreitung rechtfertigen könnte; trotzdem sind unsere Parteigenossen von den Gemeindevorsteher bestraft worden. Bei der Flugblattvertheilung in Klein-Mölln, die durchaus in der gesetzlich zulässigen Art und Weise vor sich ging, wurde sogar ein Parteigenosse durch den Gemeindevorsteher selbstengekommen und zum Amtsvorsteher nach Groß-Mölln geführt, obwohl er sich legitimiren konnte. Die Gemeindevorsteher berufen sich auf eine Anordnung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde, derzufolge sie jeden zu verhaften hätten, der vor Bekanntmachung des Wahltermins Flugblätter verbreitet. Daß diese Maßregel auch gegen die Verbreiter nicht-sozialistischer Flugblätter angewandt worden wäre, davon hat man aber bisher nichts erfahren. Selbstverständlich ist gegen den Gemeindevorsteher in Klein-Mölln bei dessen vorgesehnen Strafantrag gestellt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wenn der Wahltermin möglichst spät bekannt gemacht werden soll, um uns die für eine öffentliche Agitation offenstehende Zeit thunlichst einzuschränken. Aber unsere pommerschen Parteigenossen sind nicht gewillt, sich überumpeln zu lassen; sie werden deshalb jeden Tag ausweichen, um die Bevölkerung aufzuklären, wie sie zu wählen hat, wenn sie vom Wahlrecht vernünftigen Gebrauch machen will.

Die Unbulsamkeit unserer Gegner wird durch die Meldung aus Erfurt wieder einmal recht ins Helle gerückt, daß dort die Inhaber der Druckerei der „Thüringer Tribune“, die Parteigenossen Reishaus und Stegmann, auf ihr Gesicht um Aufnahme in den Gewerbeverein eine abschlägige Antwort bekommen haben, wobei noch zu beachten ist, daß man sie vorher erst mittelst Zirkularen zum Eintritt aufgefordert hatte. Ihr Gesicht wurde deshalb abgelehnt, weil einige Mitglieder des Gewerbevereins mit der Androhung ihres eigenen Austritts gegen die Ausnahme protestirt hatten, wobei sie so vorsichtig waren, Gründe dafür nicht anzugeben.

Böhmische Gemeindevahlen. Bei der Wahl des Gemeinde-Ausschusses in Rakow bei Potzkan siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Aus Marseille wird gemeldet, daß dort der Sozialist Flaissieres mit großer Mehrheit wieder zum Bürgermeister gewählt wurde.

Einen Geniestreich lehrte Güte hat die belgische Regierung begangen. Nach der „Independance belge“ beschloß sie sämtliche sozialistisch gesinnte Lehrer zu entlassen. Daß die belgische Regierung nicht an übermäßigem Verstand leidet, war längst bekannt. Immerhin ist es schwer begreiflich, daß sie die Thorheit begehen kann, durch die Massenentlassung so einflußreicher Leute, wie es die Lehrer sind, die Ausbreitung des Sozialismus erst recht zu fördern.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Dr. Gradnauer in Dresden, der Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, hat am Montag die fünfmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen einer Notiz jenes Blattes auferlegt wurde, worin dem Sinne nach gesagt war, Gradnauer habe durch seine Anwesenheit unter der Fahne zur Verbreitung des Sozialismus unterm Heere beigetragen. Dadurch sollen die Militärbehörden beleidigt worden sein. Trotzdem Gradnauer erklärt hatte, daß er nicht der Verfasser der Notiz sei, verurtheilte ihn das Gericht dennoch. Zur Zeit befinden sich nun vier Redakteure unserer Dresdner Bruderorgane hinter

Schloß und Riegel. Einer davon, der Parteigenosse Fischer, wird aber dieser Tage das allerdings sehr mäßige Vergnügen haben, die sächsische Freiheit begrüßen zu können.

Soziale Ueberlicht.

Die deutschen Städte-Statistiker traten am 13. Mai in Frankfurt a. M. zu ihrer zehnten Konferenz zusammen. Anwesend waren bei der Eröffnung die Vorstände der statistischen Ämter von Altona, Berlin, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Frankfurt, Götting, Hamburg, Köln, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Straßburg und Stuttgart. Hauptgegenstand der Verhandlungen sind die im Juni d. J. vorzunehmende Volkszählung und die Volkszählung, die wahrscheinlich am 1. Dezember vorgenommen werden wird.

Der Maximal-Arbeitsstag und die Bäderinnungen. In Braunschweig tagte in diesen Tagen, in Verbindung mit der Bäderei- und Nahrungsmittel-Ausstellung, die 16. Versammlung des Unterverbandes „Nordwest“ des deutschen Bäderverbandes Germania. Es wurde dort auch die in Aussicht stehende gesetzliche Einführung eines Maximal-Arbeitstages für das Bädergewerbe besprochen. Der Vorsitzende des Unterverbandes, Obermeister Müller aus Bremen, erklarte in der Maßregel eine „schwere Schädigung“ des Gewerbes, und die Versammlung war nicht minder kurzschichtig, indem sie beschloß, nach Möglichkeit auf die Reichstags-Abgeordneten einzuwirken, daß die geplante Festsetzung der Arbeitszeit nicht verwirklicht werde. Damit werden die Herren Innungsführer hoffentlich um so weniger Glück haben, als, wie unseren Lesern aus den neulich gebrachten Veröffentlichungen eines Rathenower Bädermeisters bekannt ist, der Maximal-Arbeitsstag in den Kreisen der Bädermeister durchaus nicht auf so allgemeinen Widerstand stößt, als die Innungsführer glauben machen wollen.

Die weltberühmte Stadel'sche Gemäldesammlung in Frankfurt a. M. scheint man jetzt endlich auch den unbemittelten Volksschichten zugänglich machen zu wollen. Die Sammlung ist zunächst wenigstens an zwei einzelnen Sonntagen, am 26. Mai und am 28. Juni, nachmittags, unentgeltlich geöffnet. Das Frankfurter Historische Museum dagegen wird dauernd an zwei Sonntags-Nachmittagen im Monat freien Eintritt gewähren. Von Werth ist hierbei noch, daß einige Gelehrte sich erheben haben, den Besuchern als Führer durch die Sammlungen zu dienen.

Auf die unwürdige Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft und — last not least — auf die Mangelhaftigkeit des Studententums, wirft ein Bericht, den die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ über eine Vorlesung des dortigen Universitätsprofessors Stricker brachte, ein bezeichnendes Licht. Der Bericht lautet: „Meine Herren, Sie wollen die Frauen ja auch zu Advokaten machen; was thun Sie aber, wenn die betreffende gerade Menstruation bekommt?“ Diese Preisfrage warf am 8. Mai 1895 der in seiner Wissenschaft, der Experimentalpathologie, weltberühmte Professor auf. Der Anlaß dazu war folgender: Der Studirende der Medizin, Fräulein D., war von Stricker der Besuch seiner Vorlesung verboten worden. Einige Minuten später betrat er den Hörsaal. Bittere Ränne, Lachen, Klatschen, Fischen, pöbelhafte Witze, den Lärm noch überbietend, empfingen den Gelehrten. Der Lärm legte sich während seiner folgenden Worte nicht, brach jedoch stellenweise nur noch wüthender vor. Die Studenten gaben zwar den Worten Stricker's weder ihre Zustimmung, noch remonstrirten sie dagegen mangels irgend einer Ansicht, wohl aber jauchzten sie schlechten Witzen, die von den Bänken der Hörsäle, mit größtem Beifall zu. Zunächst führte nun der Professor aus, daß er gemäß dem Beschlusse des Professorenkollegiums, es sei jedem Dozenten freigestellt, Hörsalräume auszuweichen oder abzuweisen, die Dame ebenso hinausgewiesen habe, wie er es immer halte. Er wies darauf hin, daß die Anwesenheit von Damen in dem — zu Experimenten — verdunkelten Saale früher immer Anlaß zu Unzufriedenheiten gegeben habe! Stricker erinnerte ferner daran, wie sehr es ihm trotz der eminenten Wichtigkeit des Stoffes erschwert sei, über die Vorgänge beim Geschlechtsleben zu sprechen. Einmal hätte er in Anwesenheit einer Studentin den Versuch dazu gemacht, und beim ersten Worte hätte das ganze Kolleg einmüthig auf die Dame geblitzt. An diese Entschuldigung seines Vorgehens — die Kritik, die darin gegen ihre Bäderei lag, merkten die Studenten nicht — knüpfte der Herr Professor die Darlegung seiner allgemeinen Gegnerschaft gegen die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium, falls dieses gemeinschaftlich mit den jungen Männern erfolgen sollte. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ fragt nun: Was ist trauriger, die Haltung der Studenten, deren geistiger Tiefstand ein Gemüth für das ernste Studium der Frauen bildet, oder die tägliche Haltung des Professors, der den Jungen nachgibt und solche Bädereien in seinem Hörsaal duldet, wie wir sie erwähnten?

Wir meinen, der Professor und die Studenten, sie sind einander würdig, und beide würdig ist die Gesellschaftsordnung, der der eine jetzt dient und der die anderen später dienen werden.

Ein staatliches Arbeitsnachweis-Bureau für Frauen, dessen Oberleitung in den Händen einer Fabrikinspektorin liegt, ist von der Kolonialregierung von Victoria in Australien geschaffen worden.

Vom Schlachtfelde der Industrie. Auf den Eisenwerken in Hamont in Belgien wurden durch eine Kesselexplosion vier Arbeiter getödtet. — Auf der Bergwerksbahn bei Bilbao in Spanien kam durch die Explosion einer zu Sprengarbeiten bestimmten Dynamitpatrone ein Kondukteur ums Leben, während sechs verwundet wurden.

Gewerkschaftliches.

Die Freie Vereinigung der Kutscher hält jetzt regelmäßig jeden Freitag nach dem 15. des Monats abends 10 Uhr im Lokale von Wille, Andreasstr. 26, ihre Versammlungen ab. Die nächste Versammlung findet am Freitag Abend in dem genannten Lokale statt. Wir erlauben unsere Berufsgenossen, sich recht zahlreich an den Versammlungen zu betheiligen und für die Organisation eifrig Mitglieder zu werden. Der Vorstand.

Die Dachdecker Dortmund's streifen, nachdem die Meister ihre Forderungen abgewiesen haben. Sie verlangen: 1. Zehnstündige Arbeitszeit mit 1 1/2 Stunden Mittag, je eine halbe Stunde Frühstück und Besperpause; 2. einen Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde; 3. bei Ueberstunden, die jedoch nach Möglichkeit zu vermeiden sind, einen Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde; 4. für Sonntagsarbeit doppelten Stundenlohn; 5. bei auswärtigen Arbeiten, wenn nicht Ueberstunden erforderlich, 1 M. Landgeld; wenn dagegen Ueberstunden notwendig ist, freie Kost und Logis; die Zeit, die zum Fahren und dergleichen gebraucht worden ist, soll zur Arbeitszeit gerechnet werden; 6. bei Thurnarbeit achtsündige Arbeitszeit und pro Stunde 8 Pf. Zuschlag; 7. wöchentliche Lohnzahlung nebst Aufschuß der Kündigung.

Die Dachdecker Kassel haben eine Lohnzulage von täglich 25 Pf. erhalten, ferner das Versprechen, daß niemand wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation gemindert werden würde. Infolge dessen ist der in Aussicht gewesene allgemeine Streik vermieden. Nur einige kleine Meister haben die erwähnten Bedingungen nicht bewilligt.

Die Arbeit niedergelegt haben in der Buchdruckerei von Schlotte in Hamburg vier Seher und ein Maschinenmeister wegen Lohndifferenzen.

In Bremen ist über die Steinmehrfirma Werth u. K. wegen Nichtbezahls des drücklichen Tarifs die Sperrung verhängt; da die Unternehmer auswärtige Steinhaue heranzuziehen suchen, wird um Vermeidung des Zugriffs gebeten. Ferner haben die Zimmerer des Bau-Unternehmens H. Busch die Arbeit niedergelegt, da ihnen der übliche Lohn trotz mehrfacher Unterhandlungen nicht gezahlt wurde.

Die ausländischen Erdarbeiter Bremerhavens haben das Angebot des Unternehmers, mit 33 Pf. Stundenlohn fürlieb zu nehmen, angenommen, doch nur unter der Bedingung, daß sämtliche Leute wieder in Arbeit treten können. Im weiteren soll für die Nachschicht 35 Pf. per Stunde verlangt werden.

Der Ausmachereistreik in Solingen soll nach der Angabe einiger Blätter beendet sein. Da jedoch die dort erscheinende „Vergische Arbeiterstimme“ in ihrer letzten und zugegangenen Nummer, und zwar der vom Dienstag, mittheilt, daß die Ausmachenden am Sonnabend beschloffen haben, die Arbeit aufzunehmen, so fern auch der Fabrikantenverein die unter Mitwirkung des Landraths zustande gekommenen bekannten Beschlüsse der Einigungs-Kommission ganz und voll anerkennt, so scheint der Frieden noch nicht perfekt zu sein, denn die Fabrikanten verwarfen bekanntlich seinerzeit den Beschluß der Kommission, wonach bei Streitigkeiten über das später aufzustellende neue Preisverzeichnis das Gewerbegericht als Einigungsamt entscheiden sollte. Sie wollten sich nämlich „nicht von Schwestern und Schneidern Gesetze vorschreiben lassen“. Daß sie inzwischen diese ihre Stellung geändert hätten, davon theilt die „Vergische Arbeiterstimme“ nichts mit, und so wird der Ausmachereistreik nicht zu Ende sein.

Die Sperrung ist verhängt über die Korkfabrik von Emil Rix in Frankfurt a. M. Bedrohung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Lohnabzüge sind die Ursache der Differenzen.

In Konstanz ist es den Glasern nach kurzen Verhandlungen mit den Unternehmern gelungen, die zehnstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Dagegen müssen die Holzarbeiter wegen derselben Forderung einen harten Kampf führen. Etwa 20 streikenden die lebhafteste Sympathie. Die auswärtigen Holzarbeiter werden nun erlucht, ihre Konstanzer Kameraden durch strenge Vermeidung des Zugriffs zu unterstützen.

In Tuttlingen hat der Streik in der Adam Storz'schen Fabrik chirurgische Instrumente insofern sein Ende erreicht, als die Ausmachenden, 85 an der Zahl, ihre Entlassung erhalten haben. Ein Theil von ihnen hat in den anderen Fabriken Tuttlingens bereits wieder Arbeit bekommen. Zugut ist wegen der übrigen noch fernzuhalten.

Die Zimmerer Sachsens halten ihre diesjährige Landeskonferenz am 26. Mai in Dresden, Schöffergasse 23, ab.

Zwecks besserer Durchführung der Sonntagsruhe haben die Münchener Bädereigenossen die Polizeidirektion der Stadt in einer Eingabe erlucht, die überwachenden Organe darauf aufmerksam zu machen, daß die Sonntagsruhe, soweit sie für das Bädergewerbe im Sinne des Tit. VII der Gewerbe-Ordnung und in bezug des hierauf bezüglichen Erlasses der k. k. Regierung von Oberbayern vorgeschrieben ist, auch thatsächlich zur Durchführung gelangt. Bisher haben nur einige Bädermeister ihren Gehilfen Sonntagsruhe gewährt.

Das ledigliche Profitsucht der Unternehmer die Ursache war, weshalb beim Bahnbau bei Lemberg die dortigen Erdarbeiter durch Masuren erlucht wurden, was zu den gestern gemeldeten bedauerlichen Austritten führte, wird durch eine von der österreichischen Presse gebrachten Notiz bestätigt, indem die Masuren, die man aus Ungarn herbeiführte, im Gegentheil zu den Erdarbeitern der Krakrau Gegenden, als „überaus fleißig“ gerühmt und diese als „von den Sozialistenführern“ beeinflusste Leute bezeichnet werden. Man weiß, daß das Unternehmertum seine Profitsucht überall mit denselben Nebenarten zu demanteln sucht.

Der Bergarbeiterverband in Mährisch-Odrau hat jetzt rund 5400 Mitglieder.

Der schweizer Uhrenarbeiter-Streik scheint seinem Ende nahe zu sein. Am Sonnabend ist in Solothurn in einer Konferenz von Vertretern der vereinigten Uhrenfabriken von Grenchen und Umgebung und des Uhrenarbeiter-Verbandes im Weissen der Regierungsräte Munzinger und Häggli und unter Mitwirkung unseres Parteigenossen Fährholz ein Vergleich zu Stande gekommen. Bis zum Dienstag soll dieser von beiden Parteien ratifiziert werden. An der Annahme ist kaum zu zweifeln.

Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ ist der Vergleich von beiden Parteien angenommen worden und damit der Streik beendet.

Ueber den Glasarbeiterstreik in Charleroi, der jetzt schon 6 Monate währt, wird berichtet, daß 6000 Ausmachende in einer Versammlung am 14. Mai die Fortsetzung des Streiks beschloffen.

Gerichts-Beitung.

Kammergericht. Daß sie das Vereinsgesetz nicht durchaus studirt hatten mit heißem Gemüthe, trug zwei Geistlichen und einem Brennerverwalter Geldstrafen ein, die weder das Landgericht Posen, noch das Kammergericht ihnen abnahm. Die drei sollten sich gegen den § 9 des Vereinsgesetzes vergangen haben, indem sie es verabsäumten, sich die schriftliche Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel geben zu lassen. Folgender Sachverhalt lag ihrer Bestrafung zu Grunde. Ein Kreuz, das an der Dorfstraße von Golaschin gestanden, war trotz seiner dermaleinstigen Weihung den zehrenden Einflüssen des Himmels und der Erde erlegen; an seine Stelle sollte deshalb ein neues gottgeweihtes Zeichen des Martyriums gesetzt werden. Das Herannahen dieses großen Moments wurde eines Anstiftungsamts im Jahre des Heils 1894 in der Dorfskirche zu Obornik von dem vortragenden Probst während des Gottesdienstes verkündet. Am Nachmittage desselben Tages sollte das neue Kreuz geweiht werden. Gegen hundert Personen erschienen denn auch, an der Feier theilzunehmen. Sie umfanden das Kreuz, während ein vom genannten Streiter im Herrn dazu eingeladenen Amtsbruder desselben eine Ansprache hielt und vom Ortsgeistlichen selbst die Weihe des Kreuzes vorgenommen wurde. Schließlich sang man noch gemeinschaftlich Kirchenlieder. Der dritte Verurtheilte hatte das Vergehen zu führen, in Gemeinschaft mit dem Geistlichen den Ort der heiligen Handlung aufgesucht und an der nichtangemeldeten und nicht genehmigten Versammlung theilgenommen zu haben. Wie schon gesagt, blieben Verurteilung und Revision erfolglos. Das Kammergericht gab der Meinung Ausdruck, daß darin keine Anordnung der Versammlung durch geistliche Autoritäten liege, wenn das erzbischöfliche Generalkonfiskationsamt zu Posen den einen der Verurtheilten zur Vornahme der Kreuzweihe ermächtigte.

Versammlungen.

Der Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises hielt am 14. Mai cr. im Lokale des Genossen Zubeil, Lindenstr. 106, eine gutbesuchte öffentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, K. H. K. erklarte Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes, der in drei Sitzungen seine geschäftlichen Angelegenheiten erledigte. Den Kassendbericht für die Monate März

und April verlas der Kassier Gruschke. Mit dem Bestand aus der vorigen Abrechnung im Betrage von 87,36 M. befinden sich zur Zeit 403,61 M. in Händen des Kassiers. Nach kurzer Debatte, hervorgerufen durch Monita an der Höhe der Ausgaben für Inserate, wurde, dem Antrage der Revisoren gemäß, dem Genossen Gruschke Decharge ertheilt. Von dem Kassenbestand soll der Vertrauensmann 400 M. für Agitationszwecke erhalten. — Hieran hörte die Versammlung einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Förster über „die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage“ und bewies ihr reges Interesse an den Ausführungen des Referenten durch lebhaften Beifall. Unter „Veranlassungen des Referenten“ wurde wiederum die seinerzeit verlagte Frage der Reorganisation des Wahlkreises aufgeworfen; auf Antrag des Genossen Lohauer entschied sich die Versammlung: diese Angelegenheit auf die Tagesordnung einer späteren Generalversammlung zu stellen. — Zum Schluß verwies der Vorsitzende auf den schweren Stand der Genossen in den Vororten bezüglich der „Saalfrage“ und ersuchte namens der Lokalkommission von Tempelhof, Mariendorf und Schöneberg, besonders diese Orte, an denen der sozialdemokratischen Partei keine Säle zur Verfügung stehen, bei Ausflügen am besten gänzlich zu meiden. Auch das Lokal „Lehmkuhle“, Kreuzbergstraße, werde, obgleich es gesperrt ist, leider noch vielfach des Sonntags von Arbeiterfamilien frequentirt.

Die Schiffer hatten am Sonntag Vormittag im Lokale von Meier, Chausseestr. 7, eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Bösch über den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation sprach. An der Diskussion theilnahmen sich im Sinne des Referenten die Genossen A. und H. Kleinschmidt, die an die Anwesenden das Ersuchen richteten, sich der Freien Vereinigung der Schiffer anzuschließen. Auf die Ausführung eines Redners, daß die schon seit 1 1/2 Jahren bestehende Freie Vereinigung noch nichts erreicht habe, erwiderte der Referent, daß die Schiffer ihre Vereinigung schon infolge ihres Berufes über ganz Deutschland auszubringen versuchen müssen, dann würden sie auch Erfolge erzielen. 20 Schiffer hatten sich während der Versammlung in den Verein aufnehmen lassen.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband (Vestl. W.) tagte am 12. Mai im Lokale von Zubeil, Lindenstraße. Nach einem recht heifällig aufgenommenen Bericht des Genossen A. H. K. wurde zur Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten geschritten. Wie von dem Mitgliede Meier mitgeteilt wird, sind in der letzten Generalversammlung die Mitglieder Donath, Nitsche, Wundew, Lehmann, Schömann und Prehel aus dem Verband ausgeschlossen. Die betreffenden haben sich als Streikbrecher gegen die Interessen des Verbandes vergangen. Die Versammlungen werden auf Antrag des Mitgliedes Werberus künftig am Montag abgehalten. Am Montag nach dem 15. eines jeden Monats finden die Sitzungen der Vertrauensmänner statt. Den Schluß der Versammlung bildete eine eingehende Besprechung der Arbeitsverhältnisse beim Zimmermeister Riege.

Am Montag, den 13. d. M., tagte in Adlerhof in Wollstein's Lustgarten eine öffentliche Volksversammlung, welche sich im 1. Punkt der Tagesordnung mit der Ausstellung der Kandidaten zur Gemeinde-Verwaltung beschäftigte. Nachdem sich mehrere Redner theils für, theils gegen die Wahl ausgesprochen, wurde Schimanski für die Unanfertigen und Böttner für die Ausfertigen aufgestellt. In das Wahlkomitee wurden Schulze, Hannemann und Wetter gewählt. Den 2. Punkt der Tagesordnung bildet die Abrechnung vom Kuhnheim'schen Streik. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 3965,09 M. und eine Ausgabe von 3949,74 M. Genosse Millard von der Berliner Gewerkschaftskommission theilte mit, daß er die Abrechnung geprüft und richtig befunden und beantragte, der Kommission Decharge zu ertheilen. Dasselbe wurde einstimmig gewährt. Auf Antrag J. H. Niederschönweide wurde beschlossen, den Kassendbericht spezialisiert im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. 3. Punkt: Regelung des Vertriebes der Arbeiterblätter durch die Partei. Es wurde beschlossen, vom 1. Juni ab den Vertrieb der Zeitungen und sonstiger Partei-Literatur in eigene Regie zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren W. O. B. S., Schulze und Wetter, gewählt, welche das Unternehmen zu leiten haben. Dieselben nehmen von jetzt ab Abonnements entgegen.

In der Mitgliederversammlung der Kürschner sprach am 18. Mai Genosse Timm über das Thema: Robert Owen's Leben und Wirken. An den interessanten Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, an der sich Kollege K. e. g. g. e. theilnahm. Unter Vorsitzendem theilte der Vorsitzende mit, daß das Stiftungsfest am 18. Juli stattfindet, und am 16. Juli ein Ausflug geplant ist. Ferner wurden die Mitglieder aufgefordert, dem Beschluß, in betreff der Maifeier nachzukommen und pünktlich zu den Versammlungen zu erscheinen. Als Revisor zum Hauptvorstand wurde Kollege Friedrich gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der in Kontobücher-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 13. Mai. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl eines Vertrauensmannes, die durch die Wiederwahl des Kollegen Friedrich erledigt wurde. Inzwischen war der Referent, Genosse Hoffmann, erschienen, der in satirischer Weise die letzten politischen Vorgänge besprach, wofür ihm aus der Versammlung lebhafter Beifallsbezeugungen zu theil wurden. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über verschiedene Mißstände in den einzelnen Fabriken lebhaftest Klage geführt. Man beschloß, erst nach eingehender Untersuchung der genannten Unzulänglichkeiten, über dieselben resp. deren Abstellung in der nächsten öffentlichen Versammlung zu beraten. Ferner soll erst eine eingehende Vorberatung mit Vertretern der einzelnen Werksstellen über die Höhe der Preiskontante und die Zweckmäßigkeit des Aushängens derselben am Mittwoch, den 12. Juni, abends 9 1/2 Uhr, stattfinden. Als Lokal wurde Rind's Brauerei-Ausschank in der Alten Jakobstr. 83 in Aussicht genommen.

Weihensee. Der hiesige Arbeiterverein hielt am 11. März eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die Fortsetzung der Statutenberathung vollzogen wurde. Die Mitglieder Rieb, Kofot, Reinhard und Gerkenberger hatten mehrere Änderungsanträge gestellt, die jedoch von der Versammlung abgelehnt wurden, worauf das Organisationsstatut gegen 8 Stimmen angenommen wurde. In der Geschäftsordnung waren von der Kommission die §§ 6 und 9 geändert. Diesen Vorschlägen trat die Versammlung ohne Debatte bei. Ebenso wird ein Antrag — im Hinblick des Statuts — angenommen, der die Auflösung der Gesangsabtheilung ausdrückt.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau. Paris, 15. Mai. Der Marineoffizier Lt. Chastellier, welcher am 1. März den Redakteur des „Journal des Debats“, Percher, genannt Harry Allis, im Duell getödtet hatte, wurde heute nebst den Zeugen bei dem Duell vom Schwurgericht freigesprochen.

London, 15. Ma. Das Unterhaus nahm mit 218 gegen 189 Stimmen die von Lambert beantragte und von der Regierung unterstützte Landpachtbill an. Der Zweck der Vorlage ist die Feststellung der Entschädigungsansprüche der Pächter für bleibende Ameliorationen, für Reparaturen, ferner für die Umwandlung von Ackerland zu ewiger Weide und zu Gartenland, für Befestigung und für behändige gute Bewirtschaftung; auf der anderen Seite wird dem Verpächter ein Entschädigungsanspruch für schlechte Bewirtschaftung zugesprochen.

Hierzu eine Beilage.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

93. Sitzung vom 15. Mai. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher.

Bei schwach besetzten Bänken wird zunächst in erster Lesung verhandelt über den vom Abg. Richter beantragten Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 (Einführung eines besonderen Raumes für die Fertigstellung der Stimmzettel und Stimmabgabe in verschlossenen Umschlägen).

Abg. Richter (fr. Vg.) verweist darauf, daß der Antrag den Reichstag schon mehrfach beschäftigt habe, daß auch schließlich ein Kompromißantrag zur Annahme gelangt sei. Nicht bloß das Zentrum, sondern auch andere Parteien haben sich der Sache sehr warm angenommen. Das Bedürfnis, eine Sicherheit für das Geheimnis der Wahl zu schaffen, wird mit jedem Jahre dringender, denn es mehren sich die Versuche, den Wählern die freie Abstimmung unmöglich zu machen. Das haben auch die letzten Wahlprüfungen wieder ergeben. Der Reichstag muß auch in dieser Session diesen Gesetzentwurf annehmen; darin würde ein Protest liegen gegen die Bestrebungen, welche in der Presse und auch im Reichstage hervorgetreten sind, um das Wahlrecht abzuändern. Die Annahme des Gesetzentwurfs würde ein Protest gegen solche hochverrätherischen, auf den Umsturz der Verfassung gerichteten Bestrebungen sein. Wir wollen nicht allein das Wahlrecht aufrecht erhalten, sondern auch den Wählern die Möglichkeit schaffen, ihre Stimmen frei und ungehindert abzugeben.

Abg. Wassermann (nall.) spricht ebenfalls die Hoffnung aus, daß das Reich sich noch lange des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts erfreuen möge; deshalb seien seine Freunde bereit, zum Schutz des Wahlrechts den Antrag Richter anzunehmen. Ob die Vorschläge des Antrages alle richtig sind, müßte dahingestellt bleiben, da der Antrag auf einem Kompromiß beruht. Bedenklich sei z. B. die Bestimmung, welche zur Zusammenlegung von Wahlbezirken und dadurch zur Verletzung vieler Wähler führe; Bedenken seien auch geltend gemacht worden, gegen die Isolirirung. Da der Reichstag mehrere Sessionen hintereinander den Antrag genehmigt hat, sollten endlich auch die verbundenen Regierungen daran denken, den Wünschen des Reichstages entgegenzukommen.

Abg. Lieber (3.): Das Zentrum habe die Anregung zur Reform des Wahlverfahrens von Anfang an auf das lebhafteste begrüßt und werde auch in dieser Session den Antrag annehmen. Je mehr Angriffe das allgemeine Wahlrecht erfährt, umso mehr müssen seine Freunde darauf bedacht sein, das Wahlgeheimnis zu schützen; denn bei den Wahlprüfungen habe man traurige Erfahrungen machen müssen. Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß nach einem neuen Recepte eines alten Staatsmannes die Einzelanlage sich in die Reichsangelegenheiten mischen und daß man mit einem Konflikt droht, um uns mit unserem Wahlrecht in die Luft zu sprengen. Ich weise solche Dinge mit Entschiedenheit zurück.

Abg. von Buchta (L.) protestirt dagegen, daß seine Freunde gegen das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht seien (große Heiterkeit); sie befänden sich sehr wohl darunter und würden sich hüten, den Akt abzulegen, auf dem sie sitzen. (Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.): Der Vorredner hat gemeint, seine Partei in Mecklenburg befände sich wohl unter diesem Reichstags-Wahlrecht; die letzten Wahlen in Mecklenburg haben bewiesen, daß die konservative Partei nur der Günst der Regierung und der Landräthe es verdankt, daß sie im Reichstage vertreten ist. Wir werden trotzdem alle Wahlkreise in Mecklenburg erobern und den des Abg. v. Buchta zuerst.

Die konservative Partei lehnt es jetzt ab, Gegnerin des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts zu sein. Wieder hat die konservative Partei eine gewisse Solidarität mit ihrer Presse beibehalten. Ich erinnere nur an die Haltung der „Kreuzzeitung“ und der „Schlesischen Zeitung“ und aller der Blätter, die sich als berechtigtes Mundstück der Konservativen aufspielen. Etwas Unverschämteres und Niederträchtigeres als wie diese Presse in Bezug auf das einzige Wahlrecht, welches wir in Deutschland noch haben, in der letzten Zeit geschrieben hat, ist mir noch nicht vorgekommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn in dieser Presse wiederholt die Aufforderung an die Regierung gerichtet wird, sie möchte doch auf dem Wege des Staatsrechts das allgemeine, gleiche Wahlrecht beseitigen, dann steht es dem Abg. Buchta schlecht an, in der Weise über das allgemeine gleiche Wahlrecht als den Ausdruck des Willens seiner Partei zu reden. Vielleicht erkundigt er sich bei seinem Fraktionsgenossen Grafen Mirbach, was er über das Wahlrecht im Herrenhause gesagt hat. Ich habe keine Veranlassung, den Versicherungen des Abg. v. Buchta den Glauben zu schenken, den seine schneidende und kurze Erklärung zu erwecken den Anschein hat. Wir wissen ganz genau, was die Konservativen von dem allgemeinen geheimen Wahlrecht halten, und daß sie überhaupt nur existieren können im Parlament, wenn sie auf die Günst der Regierung und die Macht der Landräthe rechnen können. Es ist sehr erfreulich, daß der Abg. Lieber namens des Zentrums die feste Entschlossenheit ausgesprochen hat, an dem allgemeinen direkten Wahlrecht nicht mehr rütteln zu lassen. Ich denke aber nicht so pessimistisch wie er über den Einfluß des Reichstages.

Wenn der Reichstag entschlossen ist, die Rechte des Volkes in Bezug auf das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht zu wahren, dann hat er auch die Mittel in der Hand, die verbundenen Regierungen zu zwingen, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen. Der Bundesrath hat sich über unsere Abänderung des Wahlgesetzes noch nicht schlüssig gemacht. Nun gut, so schlage ich vor, die Beschlüsse über die Vorlagen der Regierungen auszuweisen, bis der Bundesrath Zeit gefunden hat, sich schlüssig zu machen über jenen unseren Beschluß. Wenn der Reichstag die verfassungsmäßigen Mittel, die er in der Hand hat, benutzen will, dann ist es einfach dem Bundesrath unmöglich, mit so souveräner Verachtung über die Beschlüsse des Reichstages hinweg zu gehen, wie es wiederholt der Fall gewesen ist. Bewilligen wir doch den Etat nicht, dann wollen wir einmal sehen, was die verbundenen Regierungen machen werden. Mit dem Bedauern, daß dieses allgemeine direkte Wahlrecht noch nicht in der Form, wie wir es wollen, eingeführt ist, kommt der Reichstag nicht weit. Soll der Reichstag eine Stätte der Wahrheit der Volksworte sein, dann müssen wir uns zu dem Beschlusse zusammenschließen, alle Mittel, die wir in der Hand haben, zu benutzen, um den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß der Reichstag nicht die zweite Stätte ist, wie die konservative Partei und vielleicht auch der Bundesrath glauben mag. Wenn Herr Lieber seinen großen Einfluß auf seine Fraktion anwenden wollte, dann würden wir es gar nicht nötig haben, Session für Session denselben Beschluß zu wiederholen. Ganz dasselbe, was in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht, kann auch in Bezug auf die Diäten geschehen. Wir Sozialdemokraten sind in der glücklichen Lage, am allerwenigsten auf die Diäten drücken zu müssen. Uns hindert die Diätenlosigkeit

nicht, soviel Abgeordnete wie nur möglich in den Reichstag zu schicken. Wenn aber das Zentrum den ersten Willen hat, die Diäten durchzuführen und einem Zustande ein Ende zu machen, der es nur den Besitzenden ermöglicht, der Volksvertretung anzugehören, dann kann es die Ablehnung des Bundesraths mit der strikten Ablehnung seiner Vorlagen beantworten. Nach der Zusammensetzung der Regierung ist ja keine Aussicht vorhanden, daß unser heutiger Beschluß eine bessere Wirkung haben wird als der frühere, es sei denn, daß der Reichstag seinen Beschlüssen einen größeren Nachdruck verleiht als er bisher gethan hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Namens der verbundenen Regierungen kann ich über diesen Antrag keine Erklärungen abgeben, da der Bundesrath bekanntlich bisher keinen Beschluß über den im vorigen Jahre vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf gefaßt hat. Ich möchte nur die Anschauung des Vorredners berichtigen, als ob der Bundesrath mit souveräner Verachtung auf den Reichstag herniedersehe. Daraus, daß Beschlüsse des Reichstages die Zustimmung des Bundesraths nicht finden, oder daß der Bundesrath sich Zeit läßt, um zu den Beschlüssen des Reichstages Stellung zu nehmen, kann doch logischerweise nicht eine Verachtung des Reichstages hergeleitet werden. Mit demselben Rechte könnte man sagen, daß, indem der Reichstag wiederholt Vorlagen der verbundenen Regierungen ablehnt, er den Bundesrath mit souveräner Verachtung behandelt hat. Dazu verleihe ich mich nicht, weil ich glaube, daß in einem Staatswesen, in welchem mehrere Faktoren an der Gesetzgebung mitwirken haben, jeder Faktor dem andern die volle Freiheit seiner Entscheidung überlassen muß. Ich war sehr begierig, zu hören, welche Mittel der Vorredner empfehlen würde, um den Bundesrath zu „zwingen“, den Beschlüssen des Reichstages nachzugeben. Zu meinem Erstaunen habe ich nichts weiter vernommen, als daß der Abgeordnete empfehle, den Etat abzulehnen und die Beschlussfassung über die Vorlagen der verbundenen Regierungen auszuweisen. Glaubt denn der Vorredner damit den verbundenen Regierungen einen besonders großen Kummer zu verursachen? Machen wir denn unsere Vorlagen und den Etat im Interesse der verbundenen Regierungen? Nein, im Interesse des Reiches. Und wenn der Reichstag aus irgend welcher besonderen Empfindlichkeit oder übelwollender Gesinnung gegen die Regierungen eine Regierungsvorlage nicht annehmen oder den Etat verweigern wollte: Habeat sibi. Den verbundenen Regierungen entsteht daraus kein Kummer, das Reich aber wird geschädigt. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Garlinowski (Pole) erklärt sich namens der Polen für die Annahme des Antrages; die Polen halten fest an dem allgemeinen direkten Wahlrecht und werden sich stets denen anschließen, die alle Angriffe auf dasselbe zurückweisen.

Abg. Förster-Neufeldt (Reform-P.) tritt ebenfalls für den Antrag ein. Das Wahlrecht müsse geschützt und überhaupt müsse das Recht des Reichstages erweitert werden. Denn es ist nicht angängig, daß der Reichstag plötzlich nach Hause geschickt wird, ehe die wichtigsten und dringendsten Vorlagen erledigt sind. Das abgeben der Stimmzettel in Briefumschlägen sei sehr umständlich. Man könnte die Stimmzettel mit amtlichem Stempel versehen lassen und so fassen, daß der Stempel außen deutlich zu sehen ist. Jedenfalls muß das Wahlgeheimnis gewahrt werden, da so viele Wähler sozial unfrei sind. Neu geregelt werden muß aber auch die Eintheilung der Wahlkreise, die jetzt eine sehr mangelhafte ist, endlich müsse eine Beschleunigung der Wahlprüfungen herbeigeführt werden.

Abg. Richter (fr. Vg.): Mit dem Vorredner wünschen wir eine andere Eintheilung der Wahlkreise; der Antrag ist ja auch von anderer Seite schon eingebracht, aber abgelehnt worden. Ferner wünschen wir auch eine Beschleunigung der Wahlprüfungen. Herr v. Bötticher möchte ich bemerken, daß der Abg. Singer nicht die Annahme des Reichstagsbeschlusses verlangt hat, sondern nur, daß der Bundesrath überhaupt Beschluß faßt. Uns beschäftigt die Sache seit 1875, und es ist endlich ein Beschluß gefaßt worden. Wir möchten daher gern, daß der Bundesrath wenigstens seine Meinung sagt, ob er das Wahlrecht mit Garantien umgeben will oder nicht. Ich habe nicht von der konservativen Partei gesprochen, sondern von Bestrebungen eines Theils der Konservativen, auch der konservativen Presse und auch der Presse anderer Parteien. Auch Graf Mirbach, ein Mitglied des Reichstages, hat im Herrenhause sich gegen das allgemeine Wahlrecht gewendet. Wenn in solcher Weise der Umsturz von oben proklamiert wird, wo soll denn die Richtung vor Recht und Gesetz beim Volke herkommen. Wir müssen solchen Angriffen gegenüber den äußersten Widerstand leisten.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) bestreitet, daß Graf Mirbach an einem gewaltsamen verfassungswidrigen Bruch des Wahlrechts gedacht hat. Graf Mirbach wünscht ein anderes Wahlrecht, aber nicht auf verfassungswidrigem Wege. (Lebhafter Widerspruch links.) In authentischer Weise hat die konservative Partei nicht gesagt, daß sie das allgemeine geheime Wahlrecht abschaffen will. Ich halte kein Wahlrecht für vollkommen. Aber ich halte auch das Landtagswahlrecht nicht für so schlecht, wie es der Vorredner macht, der immer von dem elendesten Wahlrecht spricht. (Zurufe der Sozialdemokraten: Das hat Fürst Bismarck gesagt!) Die Angriffe auf das Wahlrecht gehen immer von Ihnen (links) aus. Das Reichstags-Wahlrecht ist ein Ganzes, an welchem Sie Einzelheiten ändern wollen. Aendern Sie das ganze Wahlrecht, aber nicht bloß Einzelheiten, die Ihnen nicht passen. Herr Singer will den Konflikt, er will den Etat und die Vorlagen nicht erledigen. Sie werfen uns Konfliktabsichten vor und spielen selbst mit dem Konflikt. Ich rathe Ihnen, stellen Sie die Machfrage nicht, denn es ist sehr zweifelhaft, wie sie entschieden wird.

Abg. v. Buchta bestreitet, daß die konservative Partei nur von Gnaden der Regierungen vertreten sei. Redner erklärt, daß seine Freunde das Wahlrecht nicht antasten wollen; er verdiene ebenso viel Glaubwürdigkeit wie Herr Singer, er habe immer mit offenem Biste gekämpft.

Abg. Lieber (3.): Das Verdienst der Ausführungen des Abg. Singer war es, die Erklärung der beiden konservativen Redner herbeizuführen, daß die konservative Partei als solche nicht das Wahlrecht antasten wolle. Dafür können wir nur dankbar sein. Herr Singer wird wohl selbst nicht erwarten haben, daß wir seinen Vorschlag, den Etat zu verweigern und die Vorlage abzulehnen, als geeignet zur Ausführung betrachten. Wir werden doch niemals zu solchen unsachlichen Mitteln der Obstruktion greifen, wenn wir auch schwer gelitten haben unter der Ablehnung von Beschlüssen des Reichstages. Wir werden die verbundenen Regierungen unterhalten, wo wir es können und erwarten eine gleichsachliche Behandlung von den verbundenen Regierungen. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P.) lehnt es ab, sich an dem Reichstags-Streit zu betheiligen. Der Antrag ist eine geringe Verbesserung des geltenden Wahlrechts. Die verbundenen Regierungen und die Konservativen irren sich, wenn sie diesen Antrag als eine Verschlechterung des Wahlrechts ansehen. Wahlbeeinflussungen seitens der Beamten sind mir noch nicht vorgekommen, die Wahlbeeinflusser saßen auf der linken Seite. Ein solches Heranschieben an die Wahlurne

wie seitens der Sozialdemokratie habe ich noch niemals gesehen. In Schwere-Schmalkalden haben die sozialdemokratischen Patrouillen den Arbeitern die Wahlzettel aus der Hand genommen, zerrissen und ihnen andere gegeben. (Vizepräsident Schmidt bemerkt, daß damit doch niemand aus dem Hause gemeint sei.) Nein, denn keiner aus dem Hause hat sich an der Agitation dort betheiligt. Ich bin für den Antrag, weil er zum Schaden der Sozialdemokraten gerichten wird; der Einfluß der Juden auf die Wahl wird dadurch behindert werden. Aber der Antrag ist nur ein kleines Palliativmittel. Die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts ist, nachdem es einmal eingeführt ist, nicht möglich; es kann nur eine grundsätzliche Verbesserung eintreten durch Einführung der allgemeinen Wahlpflicht; sobald das geschehen ist, verschwinden die Sozialdemokraten bis auf zwei aus diesem Hause. (Lachen links.) Nur zwei sozialdemokratische Abgeordnete sind gewählt mit mehr als 50 pCt. der Wahlberechtigten. Die Freisinnige Partei wird es sich freilich nicht nehmen lassen, bei den Stichwahlen noch einige Sozialdemokraten mehr in den Reichstag zu bringen. Einige Sozialdemokraten lasse ich mir gefallen; aber es sind jetzt zu viel. (Heiterkeit.) Ich möchte nicht, daß die Sozialdemokratie ganz fehlt, damit nicht das Gewissen der Besitzenden wieder einschläft. Einer solchen Aenderung des Wahlrechts könnten auch die Sozialdemokraten nicht widerstreben. Der Staat soll seine letzten Reserven heranziehen. Die Leute, die nicht wählen, sind diejenigen, die da meinen, es werde schon alles von selber gehen. Wenn diese zur Abstimmung kommen, dann wird ein Reichstag gewählt werden, der bessere Gesetze macht.

Abg. Bindewald (Reform-P.) stellt fest, daß bei der Wahl in Eisenach ein Flugblatt der konservativen Partei sich gegen das gleiche geheime Wahlrecht ausgesprochen hat.

Abg. Singer: Ich habe nicht von einer Aktion der konservativen Partei gegen das allgemeine direkte Wahlrecht gesprochen, sondern nur behauptet, daß die konservative Presse, die man als Sprachrohr der konservativen Partei ansieht, in der unverschämtesten Weise gegen das allgemeine Wahlrecht losgezogen ist. Ich erinnere nur an den vorgerichtigen Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“. Nun hat es einen eigenthümlichen Eindruck auf mich gemacht, daß Graf Limburg diese Presse von den Hochschöpfen der konservativen Partei abzuschnitten versucht. Wenn es sich darum handelt, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, dann kommt Herr von Köller mit einem großen Zitatensatz und liest die allerältesten Erzeugnisse irgend eines Sozialdemokraten vor und macht die Vertreter der Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Partei dafür verantwortlich. Wenn wir dagegen versuchen, das was in Ihrer Presse steht, als Ihre Meinung hinzustellen, dann sagen Sie: Das geht uns nichts an.

Ich kann nur sagen: der Abkennungsversuch des Grafen Limburg ist mißlungen. Wollen Sie, daß Ihren Ausführungen hier der rechte Glaube geschenkt wird, dann benutzen Sie Ihren Einfluß auf die konservative Presse, damit den Beunruhigungsversuchen und den Empfindungen des Verfassungsbruches ein Ende gemacht wird. Herr Liebermann von Sonnenberg klagt über den Terrorismus der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen. Diese Behauptung wird dadurch nicht wahrer, daß sie wiederholt wird. (Zustimmung.) Hinter jedem Arbeiter steht die Entlassung, wenn er dem Willen seines Arbeitgebers widerspricht. Wie können Sie also behaupten, daß eine Partei, die von den Verwaltungsbehörden aller Art, von der Polizei, von Gendarmen u. s. w. in der Ausübung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte verhindert wird, im Stande ist, einen Terrorismus auszuüben. (Widerspruch rechts.) Nein, die Wahlbeeinflussungen, wie sie so vielfach zur Kenntniß des Reichstages kommen, sind nicht auf unserer Seite zu finden, weil die übergroße Mehrheit der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sich in einer sozialen Unzufriedenheit befindet und nicht im Stande ist, gegen die Uebermacht eine freie Abstimmung vorzunehmen. Der einzige Trost, den ich aus den Ausführungen des Abgeordneten Liebermann geschöpft habe, ist die Ueberzeugung, daß er selbst an die Möglichkeit seiner Ausführungen nicht glaubt. Die Forderung der Wahlpflicht ist ein altes Inventarstück unserer Partei seit alter Zeit. Wir werden also für die Wahlpflicht stimmen, auch wenn sie der Abg. v. Liebermann beantragt; nur wünschen wir, daß er auch nicht die Wahlpflicht der Frauen vergessen möchte. Sie unter stehen denselben Lasten und müssen dieselben Pflichten erfüllen. Wir könnten es ruhig darauf ankommen lassen, ob die sozialdemokratische Partei alsdann aus dem Hause verschwinden wird. Wir hoffen, daß, selbst wenn recht strenge Strafen auf die Nichterfüllung der Wahlpflicht gesetzt werden, wir in noch viel größerer Zahl im Reichstag erscheinen werden, als bisher. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P.): Auf die persönliche Invektive des Vorredners, daß ich an meine Ausführungen selbst nicht glaube, zu antworten, verbietet mir das Gefühl, daß Herr Singer mich nicht beleidigen kann. Daß ein furchtbarer Terrorismus seitens der Sozialdemokratie gelebt wird, ist sicher; daß die Sozialdemokratie dazu keine Macht hätte, stimmt nicht zu der Erklärung des Abg. Bebel, daß die Sozialdemokratie ihre eigene Polizei hätte; aber ein juristischer Beweis ist dafür nicht zu erbringen. Es sollten auf solche Wahlbeeinflussungen strenge Strafen gesetzt werden und die Parteien sollten auf solche Dinge mehr achten. Wenn Herr Singer glaubt, bei der Wahlpflicht würden die Sozialdemokraten in größerer Zahl erscheinen, so muß er gerade annehmen, daß diejenigen, die nicht wählen, heimliche Sozialdemokraten sind. (Heiterkeit.) Davon kann gar keine Rede sein. Das Wahlrecht der Frauen wollen wir nicht; wenn es eingeführt würde, so würde sich die konservative Natur der Frauen zeigen, die von den letzten Zielen der Sozialdemokratie sicher nichts wissen wollen.

Abg. Träger (fr. Vg.): Ich muß mich wundern über die Kühnheit und Geschicklichkeit, mit welcher Graf Limburg-Stirum es verstanden hat, den Spieß umzudrehen und uns des Angriffs auf das Wahlrecht zu beschuldigen. Unser Antrag will das Wahlrecht schützen, nicht es zerstören. Gelingen ist es dem Grafen Limburg auch nicht, das zu widerlegen, was Richter über Graf Mirbach gesagt hat. Wenn ein neuer Reichstag auf Grund eines neuen Wahlrechts gewählt werden soll, so kann doch das Wahlrecht nur im Wege der Verordnung geändert werden; denn daß der Reichstag mit der Regierung in Frieden und Freundschaft ein neues Wahlgesetz vorher vereinbaren sollte, daran ist doch nicht zu denken. Das Bild des Grafen Mirbach von dem Durchhauen des gordischen Knotens trifft nicht recht zu; denn ich kann mir beim besten Willen den Bundesrath nicht als einen Collectiv-Alexander vorstellen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. v. Liebermann ist sehr leicht mit persönlichen Invektiven bei der Hand. Er vergißt aber, daß er stets den Anfang mit derartigen Ausfällen macht. Wenn jemand ihn dann mit gleicher Münze dient, dann klagt und jammert er über persönliche Gefälligkeit. Würde seine Redeweise auf allen Seiten angewendet werden, dann stände es mit unserem politischen Leben noch trauriger als jetzt. Der Abg. v. Liebermann hat gemeint, ich hätte in der Umsturzkommission erklärt, wir hätten eine eigene Polizei. Nun weiß er ganz genau, in welchem Zusammenhang ich diese Aeußerung gemacht habe. Ich habe dort gesagt, daß wir von dem Treiben

der Seckspiegel und Provokateurs genau unterrichtet sein, denn wir hätten auch eine Polizei und seien viel besser unterrichtet, wie die Regierung es glaube. Es war also ein sehr unglücklicher Versuch des Abgeordneten v. Liebermann, diesen Gegenstand mit der vorliegenden Frage in Verbindung zu bringen. Wenn Herr Liebermann gemeint hat, dieser Gesetzentwurf sei bis zu einem gewissen Grade geeignet, der Wahlagitator der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, so erkläre ich, daß wir für jeden Gesetzentwurf stimmen werden, der dazu beitragen kann, die Wahlen vor ungesetzlichen Eingriffen zu schützen, das Wahlgeweihe zu sichern und die Volkstimmen in gerechtere Weise zum Ausdruck kommen zu lassen. Wir gehen sogar noch weiter. In Belgien haben die Arbeiter auf Grund des neuen Wahlrechts bei der ersten Wahl eine ganz bedeutende Stimmen- und Vertreterzahl gewonnen, obgleich sie gegenüber den besitzenden Klassen benachteiligt sind. Was wir erst in zwanzig Jahren erreicht haben, haben die Arbeiter in Belgien auf den ersten Wurf erreicht. Wenn Sie also glauben, daß ein verbessertes Wahlrecht der sozialdemokratischen Partei Abbruch thun kann, so sind wir damit einverstanden. Bei der Wahlpflicht würden die Sozialdemokraten keine schlechten Geschäfte machen. Nur wenige Abgeordnete vereinigen mehr als 50 pCt. der Stimmen der Wahlberechtigten auf sich, von den Freunden des Herrn v. Liebermann nicht einer. (Seiterkeit.)

Wir wollen nicht bloß die Wahlpflicht, sondern auch das proportionale Wahlrecht; denn bei 1800 000 Stimmen würden wir 90 statt 46 Mandate im Reichstag haben müssen. Daß die Stimmen der Frauen größtentheils den Konservativen zufallen, wissen wir, trotzdem verlangen wir das Frauenstimmrecht. Sie lehnen aber unsere Vorschläge lediglich ab, weil Sie die Folgen fürchten. Die Notlage hat den Fürsten Bismarck gezwungen, das allgemeine Wahlrecht zu geben und heute warten die Konservativen nur auf die gute Gelegenheit, um es wieder aus der Welt zu schaffen. Wer, wie Graf Limburg als sein Recht betrachtet, in der ersten Abtheilung zwei Wahlmänner zu ernennen, der kann sich hier nicht als Vertheidiger des allgemeinen Wahlrechts aufspielen. Wenn von Seiten der Regierung die Aenderung des Wahlrechts beantragt wird, dann werden Sie (rechts) dagegen keinen Widerstand leisten.

Abg. Liebermann von Sonnenberg befreit, daß er persönliche Invektiven anders als im Widerspruch vorgebracht haben und wendet sich gegen die Ausführungen Bedel's; das Frauenstimmrecht will er nicht, weil das eine Verkenning der Natur der Frauen sei. Die Frauen scheuen sich auch nicht nach diesem Stimmrecht.

Damit schließt die Debatte.

In seinem Schlusswort fragt Abg. Nicker, welche andere Interpretation der Worte des Grafen Mirbach die Konservativen geben können; er halte an seiner Auslegung fest, bis Graf Mirbach selbst dagegen Widerspruch erhebe. Denn man kann doch nicht glauben, daß Graf Mirbach einen radikalsten Reichstag als den jeglichen gewählt zu sehen wünscht. Herr von Buchta befreit, daß die Konservativen das allgemeine Wahlrecht antauchen wollen. Redner erinnert an die Aeußerungen des Herrn v. Helldorff und auch Herr v. Kardorff hat einen ähnlichen Artikel in ähnlichem Sinne geschrieben, ebenso hat sich Graf Frankenberg im Herrenhause geäußert. Es ist heute ein gewisses Dunkel über die Frage verbreitet, hoffentlich wird es in der zweiten Lesung gehoben werden. Damit ist die erste Beratung beendet.

In der zweiten Beratung wendet sich der Abg. v. Kardorff (Rp.) mit der Frage an den Abg. Nicker, wo er einen Artikel gegen das allgemeine Wahlrecht geschrieben habe.

Als das Haus sich schon in der Abstimmung über den Aenderungsvorschlag zu § 6 des Wahlgesetzes befindet, will Abg. v. Kardorff das Wort zur Geschäftsordnung nehmen, um die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln.

Vizepräsident Schmidt verweigert ihm das Wort während der Abstimmung, trotzdem Herr v. Kardorff mehrfach darum bittet.

Abg. v. Kardorff bemerkt, daß er sich beim Schriftführer vorher schon gemeldet habe, um vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit zu bezweifeln.

Vizepräsident Schmidt: Eine solche vorläufige Meldung dazu ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig.

§ 6 wird darauf in der veränderten Fassung angenommen gegen die Stimmen der Konservativen.

Abg. v. Kardorff beantragt die Vertagung der Sitzung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Schmidt stellt die Unterstufung in Frage; da nicht 30 Mitglieder, sondern nur 10 Konservative sich erheben, so wird über den Vertagungsantrag nicht abgestimmt.

Abg. Hammacher fragt, auf Grund welcher Bestimmung der Geschäftsordnung der Präsident den Vertagungsantrag unterstufen lasse.

Vizepräsident Schmidt läßt durch den Schriftführer Merbach den Anfang des § 53 der Geschäftsordnung verlesen: „Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluss der Debatte bedarf der Unterstufung von 30 Mitgliedern.“ (Große Seiterkeit.)

Vor der Abstimmung über § 7 des Antrages Nicker bezweifelt Abg. v. Kardorff die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 161 Mitgliedern, während 199 zur Beschlußfähigkeit notwendig sind. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Beratung kleinerer Vorlagen; zweiter Nachtragsetat und Bundessteuergesetz.)

Parlamentarisches.

Die Kanth-Kommission setzte ihre Beratungen am Mittwoch fort. Abg. v. Bollmar hält die Gründe, welche gegen die Durchführung des Antrages geltend gemacht worden seien, für außerordentlich hinfällig. Der Gedanke der Brotversorgung von Staats wegen sei ihm an sich, und abgesehen von der Kanth'schen Ausführung, sympathisch. Nach der Zeit des jetzigen Getreide-Uberschusses könne eine Zeit des Mangels kommen, und da werde die Regierung bald durch die Volksbewegung gezwungen werden, sich mit diesem Gedanken zu befassen. Die Börse halte er nicht für so unschlüssig. Wenn der Antrag durchgeführt wird, so werden die sozialistischen Reime, die in demselben enthalten sind, sich weiter entwickeln. Auf solchem Wege gebe es kein Halt.

Abg. G. u. G. (Z.) möchte der Landwirtschaft zwar zu besseren Preisen verhelfen, hat aber doch eine Reihe von Bedenken gegen den Antrag Kanth.

Gef. Rath Wermuth legt mehrere statistische Tabellen vor. Abg. Schulze-Geme ist für höhere Zölle, aber nicht für den Antrag.

Abg. v. Limburg-Stirum meint, wenn auf dem Weltmarkt eine Zeit des Mangels eintreten werde, so spreche das für den Antrag. Er sucht die vorgebrachten Bedenken zu streifen.

Abg. Lieber führt aus, technisch sei der Antrag wohl durchführbar; dies empfehle sich aber nicht aus praktischen Gründen. Der Antrag würde zur Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden führen und damit würde die Grundlage des heutigen Staates vernichtet werden.

Abg. Graf v. Arnim meint ferner, die Kommission habe einstimmig anerkannt, daß, wenn der Antrag durchgeführt werden müsse, dies auch möglich sei.

Abg. Graf Schwerin führt aus, nach seinem Vorschlage sollten die Einkaufspreise vom Reichschatzamt monatlich festgestellt werden. Die Wiederverkaufspreise werden vom Bundesrath oder vom Monopolrath einen Monat vorher festgestellt. Nach seiner Meinung widersprechen die Handelsverträge dem Antrage nicht. —

Die Kommission gab ihre Zustimmung zu einem Antrage Dr. Biehler, nach welchem die Regierung eine Statistik über das seit zehn Jahren eingeführte Quantum von Getreide und Mehl vorlegen soll, und zwar wo dasselbe herkommt, über welche Länder es eingeführt ist und wie viel Deutschland ausgeführt hat.

Abg. Herbert beantragte, die Regierung möge eine Statistik des in den letzten zehn Jahren eingeführten Quantums von Getreide und Mehl unter Abzug der Ausfuhr sowie des in Deutschland geernteten Quantums vorlegen. Die Kommission gab hierzu ihre Zustimmung. Aus letzterem Antrage läßt sich das in Deutschland verbrauchte Quantum feststellen und die Summe der voraussichtlichen Vertheuerung berechnen.

Die Gewerbeordnungs-Kommission setzte am Dienstag Abend die zweite Lesung der Vorlage fort. Die Paragraphen 88, 85 und 42b werden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Bei § 44 wird ein Antrag Haffs angenommen, der die Detailreisenden des Buchhandels nicht unter die Bestimmungen des § 44 stellt. Ein Antrag Schneider (fr. Vg.), der für eine Reihe anderer Gewerbezweige Ausnahmen zulassen will, wird abgelehnt.

In der Reichstagskommission für die Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz wurden am Mittwoch Artikel 1 und 2 in zweiter Lesung in allen wesentlichen Punkten nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen. Im Laufe der Beratung theilte Staatssekretär Graf Posadowsky mit, daß der Bundesrath über den Schluss der Session noch keine Entscheidung gefasst habe. In jedem Falle soll aber nach dem Wunsche der verbündeten Regierungen die Branntweinsteuer-Novelle noch in der gegenwärtigen Tagung verabschiedet werden.

Lokales.

Das Komitee für Ferien-Kolonien versendet seinen Bericht über 1894. In Kolonien geschickt wurden 3078 (1893: 3000) Kinder, davon 1893 (1892: 1855) in Volkkolonien, 1145 (1893: 1145) in Halbkolonien. Die Zunahme der Gesamtzahl war also sehr bescheiden; aber es muß anerkannt werden, daß die Versorgung der Sool- und Seebäder vor den nur ländlichen Kolonien und den Halbkolonien in den Vororten Berlins einen Fortschritt bedeutet. Die heilsame Wirkung des Sommeraufenthaltes auf die Kinder schildert der Bericht wieder mit einer Begeisterung, die fast übertrieben erscheint. Dagegen vermissen wir wieder das offene Eingeständnis, daß die Ferien-Kolonien, auch wenn sie dem einzelnen Kinde wirklich erheblich oder gar dauernd nützen sollten, doch für die Gesamtheit der Proletariatskinder ein gänzlich unzulänglicher Nothbehelf sind. Selbstverständlich hat, so lange eine volle und dauernde Besserung unmöglich ist, auch die halbe und nur vorübergehende Besserung ihren Werth, und sie verdient sicherlich auch freudigen Dank, wenn sie in ethischer Absicht gewährt wird. Aber wir können leider bei den Vertretern des Unternehmens die Absicht, den kranken Proletariatskindern nur um dieser selbst willen zu helfen, so lange nicht voranzutreiben, als sie ihre Ohnmacht gegenüber der ganzen Größe des vorhandenen Elends zu verdecken suchen. Schon das deutet darauf hin, daß nach bekanntem Rezept ein Weniges gewährt werden soll, um den Wunsch nach einem Mehr nicht zu rege werden zu lassen oder eventuell mit dem Hinweis auf das, was man geleistet habe, niederzuschlagen zu können. Wir haben früher nachgewiesen, daß die Ferien-Kolonien, wenigstens in Deutschland, ihre Förderung durch die besitzende Klasse thatsächlich in erster Linie dieser Erwägung verdanken. In Berlin soll der also durchaus berechtigte Zweifel an der Tadellosigkeit der Motive den Geldspendenden Gönnern aus der Bourgeoisie die Ferien-Kolonien verleidet haben, wenigstens wurde das im vorigen Jahre von einem hiesigen Blatte behauptet. Wenn das wahr ist, so war es mit der uneigennütigen Menschenliebe dieser edlen „Wohltäter“ wirklich nicht weit her. Ein anderes Blatt behauptete dagegen, das Interesse der Besitzenden für die Ferien-Kolonien habe auch deshalb abgenommen, weil man davon eine „Verwöhnung“ der „Kinder des Volkes“ befürchte. Der Verfasser des Artikels wollte das durch persönliche Grundung in den Kreisen der Gönner festgestellt haben. Uebrigens finden die Ferien-Kolonien, wie unsere Leser wissen, und wie das auch aus der nach Stadtbezirken geordneten Uebersicht des Ertrages der Hauskollekte ersichtlich ist, auch bei der ärmeren Bevölkerung Berlins freudige Unterstufung. Sie spendet zwar weniger reichlich, aber in desto ehrlicherer Absicht.

Die zeitgemäße Art der Geschäftsreklame ist in der Aera des Kirchenbau-Sports und der vorchristlichen Militärfrömmigkeit die „mit Gottes Hilfe“. Geschäftsphysische Christen wissen, wie der Hase läuft und senden ihre Anzeigen über Ramschverläufe oder billige Wurstwaren einem zahlungsfähigen Publikum nur noch mit dem Hinweis auf den von ihnen vertrauensvoll erwarteten „Segen Gottes“ zu. Den Vogel schießt in dieser Beziehung ein Kolonialwaren-Gändler in der Kasanien-Allee nahe der Schwedterstraße ab. Dieser fromme Geschäftsmann läßt zur Zeit in seiner Nachbarschaft Kellamezzette vertheilen, die außer dem Mißbrauch mit dem Namen „Gottes“, der auf der Vorderseite getrieben wird, auf der Rückseite noch eine ganz besonders fromme Ankündigung enthalten. Es heißt nämlich in der Geschäftsreklame:

„Eine bekannte Sittlichkeit unserer Vorfahren war das Opfer. Um auch für mein neues Unternehmen den Segen des Schöpfers zu erleben, habe ich mich zu einem Werke der Nächstenliebe entschlossen und will ich 100 M. an ärmere Familien vertheilen.“

Die „Vertheilung“ der hundert Mark setzt der fromme Mann in der folgenden knifflischen Weise auseinander:

„Es werden 200 Duten à 1/4 Pf. Kaffee abgemessen und für den Preis von 35 Pf. per Dute verkauft, in jeder 2. Dute befindet sich eine Marke, welche mit 1 M. bei Einkauf beliebiger Waaren in gleicher Höhe in Zahlung genommen wird. Diejenigen aus der Umgegend, welche sich theilnehmen wollen, haben sich bis zum Donnerstag, den 9. Mai zu melden, und am Sonnabend, den 11. Mai beginnt von früh 9 Uhr an der Verkauf. Ich bitte natürlich, nicht Unang mit diesem Liebeswerke zu treiben und rechne darauf, daß sich nur bedürftige Familien dazu bewerben, linderreiche, kräftliche oder alte Leute; wer versucht, sich zweimal zu melden, wird ganz ausgeschlossen. Damit ich aber auch beweisen kann, daß wirklich die Werthmarken vertheilt sind, bitte ich die Empfänger um Namen und Wohnung. Wer eine Marke zieht, gönne dem anderen den Gewinn, denn es hat ja niemand besondere Anrechte und Unkosten. Der Kaffee wird nicht etwa geringer sein durch dieses Verfahren, ich thue es auch gern, was ich hiermit an den Armen thue. Nochmals hochachtungsvoll und ergebenst.“

Vorgestern ist, wie wir berichtet haben, von einer hiesigen Straßammer ein Mauerer zu der harten Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er in der Trunkenheit, also in unzurechnungsfähigem Zustande, dem Pastor in der Predigt einige Male ein „Bravo“ zugerufen hatte.

Was qualifiziert sich sticht niedriger, das Religionsvergehen, das dieser arme Teufel im Manich begangen haben soll, oder die Manier, in der ein gefühlsmäßiger Prediger den Namen seines Herrgotts zu einer überstülpigen Kellamezzette verwendet?

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Selten war dies Wort angebracht, als in Bezug auf die Sorte Religiosität, die eine innerlich durch und durch saule Gesellschaft als letztes Abwehrmittel gegen den siegreichen „Unflut“ anknall aus der Kumpellammer hervorgeholt hat. Der Name des Herrgotts als zugängliches Kellamezzette, das ist auch ein Womensbild aus der Aera des Kampfes für Ordnung, Religion und Sittlichkeit.

In der Beschwerde-Angelegenheit gegen die Gewerbe-Deputation des hiesigen Magistrats ist dem Vorstand der Orts-Krankenkasse für Handlungsgelien und Lehrlinge zu Berlin vom Oberpräsident der Provinz Brandenburg der nachstehende Erlass aus Potsdam zugegangen: „Auf die Beschwerde vom 8. Februar d. J. gegen den dortigen Magistrat wegen Uebernahme der Orts-Krankenkasse für Handlungsgelien und Lehrlinge in kommissarische Verwaltung erwidere ich dem Vorstand, daß ich die Beschwerde, nachdem inzwischen die Aufhebung der kommissarischen Verwaltung erfolgt ist, als erledigt ansehe. Der Oberpräsident, Staatsminister gez. v. Liebenbach.“

Die Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkasse werden sich bei diesem Bescheide keineswegs beruhigen, sondern auf materielle Entscheidung dringen und, sollte dieselbe wider Erwarten nicht erfolgen, an das Handelsministerium als die nächste höhere Instanz gehen.

Ein Stück moderner Theatermisere tritt bei dem kaum eröffneten „Deutschen Volks-Theater“, dem ehemaligen „Vollalliance-Theater“ zu tage. Das „Kleine Journal“ schreibt über einen Vorfall, der in die Interessen einer ganzen Kategorie an diesem Institut Angehöriger tief einschneidet, das folgende: „Das gesamte Orchesterpersonal des „Deutschen Volks-Theaters“ hat am Montag von der Direktion Briefe erhalten, in welchen mitgeteilt wird, daß dasselbe laut dem der Direktion zustehenden Recht per 14 Tage gekündigt wird. Der § 7 des Kontrakts, welcher mit dem Orchesterpersonal abgeschlossen wurde, besagt, daß die Direktion das Recht hat, während des ersten Spielmonats, d. h. während der ersten 14 Tage desselben, ein Mitglied zu entlassen, wenn es in künstlerischer Hinsicht den Anforderungen nicht genügt. Da dies in besagtem Fall nicht zutrifft, haben die Orchestermisglieder sich bereits gestern an den Vereinsanwalt Dr. Böck, Spandauerstraße, gewendet, um ihre Interessen wahrzunehmen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von dem Rechtsvertreter erfolgt. Die Kündigungsbriefe, welche auf heftigste Weise verweigert sind, tragen die Unterschriften der Herren Sternheim, Maurice und Frank. Herr Maurice, auf welchen diese Maßregel wohl zurückzuführen ist, behauptet also vollumfänglich den Auf, welcher ihm hierher voranging. Es scheint hohe Zeit, ihm die Möglichkeit zu entziehen, irgend welche direktoriale Thätigkeit in Berlin, unter welchem Namen es auch sei, auszuüben.“

Auch dieser Fall lehrt, wie dringend notwendig eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse an Theatern ist.

Das energische Vorgehen der Musiker scheint der Direktion denn doch einige Angst gemacht zu haben. Die Betroffenen erhielten nämlich gestern folgendes Schreiben zugefellt:

Der Direktion erscheint es nicht unmöglich, daß der erheblich größere Theil unseres Orchesters sich bei den vorgekommenen Unbotmäßigkeiten (sic) nicht bewusst gewesen ist dadurch gegen die in Absatz 1 unter „Allgemeine Bestimmungen“ in den Kontrakten als Kontraktbruch bezeichneten offene Widerständigkeit zu begeben. Mit Rücksicht auf diese Erwägung und um nicht nur einzelner Personen willen die Gesamtheit zu schädigen, stehen wir von der Ausübung unseres Kündigungsrechtes ab, verweisen aber die Herren Mitglieder des Orchesters ausdrücklich darauf, daß jeder von Ihnen der auch bei leichteren, mit Ordnungsstrafen bedrohten Zusammenhängen fortgesetzt verharret, hierdurch zweifellos eine offene Widerständigkeit begeht, und wegen Kontraktbruchs ohne Kündigung entlassen werden wird. Hierdurch erledigt sich die uns nach Abfassung dieses Schriftstückes zugegangene Erklärung einzelner Orchestermisglieder ohne Datum. Ergebenst (gez.) Sternheim, Maurice, Frank.

Wir wollen hierzu bemerken, daß den Orchestermisgliedern, die zum Theil schon lange Jahre am früheren Velle-Alliance-Theater waren und die verschiedenen Wandlungen dieser Bühne mitgemacht haben, von „Unbotmäßigkeiten“ nichts bekannt ist. Sie wollen sich nur nicht im Gehalt reduzieren lassen, das wahrlich schon elend genug ist. Uebrigens ist das technische Personal dieser Bühne auch zum Theil gekündigt. — Das ist ein schöner Anfang!

Im Wechsel der Zeiten. Die Kammersängerin Frau Wili Lehmann hat sich zur Pflanzenkost bekehrt, wenigstens befindet sich, wie die „Post. Ztg.“ mittheilt, ihr Name unter den neu aufgenommenen Mitgliedern der Vegetarierversammlung (Zentrale Berlin). Bisher war die geschätzte Künstlerin als eifriges Mitglied des Thierschutzvereins bekannt.

Der Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit, der am heiligen Oster-Sonnabend mit der Kasse-Schlagerei begonnen hat, soll eingestellt werden. Wenigstens bringen einige Blätter die unkontrollierbare Mittheilung, daß infolge Eingreifens des Kaisers weitere Duell-Mordversuche in der Angelegenheit v. Koye unterbleiben sollen.

Militaria. Eine große Schlagererei hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag zwischen Militär- und Zivilpersonen in der Chausseestraße stattgefunden. In dem Hause Chaussestr. 88 befindet sich das Restaurant „Zur Krone“. In diesem Lokal erschienen nachts gegen 1 Uhr die Sergeanten Kutiella und Bauer der 10. Kompanie Garde-Füßler-Regiments, in „unmühter Stimmung“. Gar bald begannen um diese beiden Vertheidiger von Kaiser und Vaterland sich unanständig und ungebührlich zu betragen, so daß sich der Wirth veranlaßt sah, die Sergeanten zur Ruhe zu ermahnen. Diese Hinweise halfen jedoch nichts, denn das Benehmen der beiden Sergeanten artete noch mehr aus, sie fielen an zu singen und zu toben. Plötzlich nahm Kutiella sein gefülltes Bierseidel und bog ohne jeglichen Anlaß den Anzug eines Zivilisten von oben bis unten. Natürlich wurden nun die beiden gewaltsam zur Thür hinausgebracht und auf der Straße kam es zu einer furchterlichen Schlagererei. Kaum saßen jedoch die ersten Hiebe durch die Luft, als Sergeant Kutiella auf einmal nachträglich wurde und sein Heil in schleunigster Flucht suchte. In diesem Augenblick kam der Leutnant der Reserve Müller vom 54. Infanterie-Regiment vorbei, welcher sofort eine Patrouille von der Wache herbeiholte, die den Sergeanten Bauer halbtot nach der Wache brachte, von wo aus er nach dem Lazareth überführt wurde. Hier konstatierten die Ärzte, daß das Rasenbild total verschlagen war und eine tiefe kassende Wunde sich 2 Zentimeter über dem rechten Auge, sowie mehrere Wunden sich am Hinterkopf befanden. Bauer dürfte nie wieder dienstfähig, sondern als dienstunbrauchbar entlassen werden. Am Dienstag Mittag versammelte der Oberst des Regiments, v. Krosigk, das gesamte Anteroffizierskorps im Exerzierhause um sich und tadelte mit scharfen Worten das Verhalten der beiden Sergeanten, insbesondere das des Kutiella, der seinen Kameraden hilflos zurückgelassen und sich somit einer traurigen Feigheit schuldig gemacht habe. Die Kapitulationsverhandlungen, die jeden Sommer, gewöhnlich in den Monaten Mai und Juni, erneuert werden, sind vom Kompagniechef bereits dem Papierkorb übergeben worden.

Im übrigen ist aus dem Garde-Füßler-Regiment über folgende Vorfälle zu berichten: Erst Mitte März wurde ein Sergeant der 6. Kompanie wegen Mißhandlung eines Untergebenen standgerichtlich zu 14 Tagen militärischen Arrest verurtheilt. Gegenwärtig sitzt auch der Witz-Feldwebel Knapp der 11. Kompanie im Arrest. Er verkehrte in einer Familie und benahm sich eines Abends dort derart, daß der Vater zur Wache eilen und eine Patrouille holen mußte, die dann den Herrn Feldwebel aus der Wohnung entfernte. Durch standgerichtliches Erkenntnis sind ihm vor einigen Tagen drei Wochen gelinder Arrest zufließt worden. Es nimmt kein Wunder, daß bei solchen Vorkommnissen die Antipathie gegen Militärpersonen mit jedem Tage sich steigert.

Ueber den Umfang des Schlaflosenwesens in Berlin hat die am 1. Oktober v. J. angestellte amtliche Ermittlung ergeben, daß die Zahl der an diesem Tage vorhandenen ver-

nichteten Schlafstellen 49 084 betrug; da für diese Zahl im ganzen 80 799 Schlafstellenvermietungen vorhanden waren, so lässt sich daraus entnehmen, dass in der großen Mehrzahl der Fälle die Vermietung an einzelne Schlafgänger stattfindet, von denen 13 208 weibliche waren. Die Schlafstellen sind ziemlich gleichmäßig auf Vorder- und Hinterhäuser verteilt. In den oberen Stockwerken der Gebäude ist die Zahl der Schlafgänger größer als in den Kellerwohnungen und im Erdgeschoss. Vielleicht werden außer diesen spärlichen Daten noch nähere Angaben über die Ergebnisse der Enquete bekannt.

„Wo zwei und drei versammelt sind, da soll man auseinandergehen.“ Da in Steglitz oft junge Burschen sich auf den Bürgersteigen versammelten, die Passagen versperrten und die Vorbeigehenden mit Nebenarten belästigten, hat der dortige Amtsbauhof diese „Läden“ in der Ortsgemeinde durch Polizeivorschrift für den Verkehr auf den Bürgersteigen ausgesetzt: Niemand darf ohne genügende Ursache stehen bleiben, sich setzen oder liegen. (1) Mehr wie zwei Personen dürfen nicht untergefasst gehen. Das Tragen von Ketten, Sägen und anderen Sachen, welche die Passanten verletzen oder beschämen können, ist verboten.

Unsere Strafrichter. Nicht weniger als sechs Termine fanden gestern vor der 8. Strafkammer um 9 Uhr an. Es mussten also in allen sechs Sachen Zeugen und Parteien schon um 9 Uhr antreten. Die letzte dieser Sachen war aber erst nach 2 Uhr beendet und fing erst nach 1 Uhr an; es waren also die Zeugen ganz unbilligweise gezwungen, sich volle vier Stunden vergeblich in Moabit auf dem Korridor aufzuhalten.

Dem Verdienste seine Krone. Die Köller'sche Korrespondenz meldet: „Der bisherige Kriminal-Kommissarius Koeber zu Berlin ist zum Polizeirath allerhöchst ernannt worden.“ Koeber ist der Öffentlichkeit durch seine gegen die hiesigen Anarchisten vollbrachten Thaten bekannt.

Der Personen- und Güterbahnhof zu Rixdorf wird vom 17. d. M. ab geschlossen und gleichzeitig an seiner Stelle der neue Güterbahnhof und ein Ausfalls-Personenbahnhof eröffnet werden. Der Ausfalls-Personenbahnhof ist von einer im Zuge der Kirchhofstraße liegenden Holzbrücke aus mittels Treppen sowohl von der Rixdorfer wie von der Priester Seite zugänglich. Der Güterbahnhof liegt auf dieser gegenüber der Bahnsteigtreppe. Der Zugang zum Güterbahnhof erfolgt ausschließlich von der Priester Seite aus durch die südlich am Bahnhof entlang führende Seitenstraße.

Mit der Freigabe der Straßen Berlin für den Zweiradverkehr beschäftigen sich die zuständigen Behörden augenblicklich von neuem. Die letzten auf die Freigabe gerichteten Petitionen von Berliner Bürgern haben den Minister v. Köller veranlaßt, eine genaue Untersuchung darüber anzuordnen, in welchen Straßen den Wünschen der Radfahrer Zugeständnisse gemacht werden könnten. Auf Grund dieser Untersuchungen sollen die Straßen in der großen Mehrzahl demnächst freigegeben werden. Gesperrt bleiben auch ferner mehrere Straßen in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße, die Straße Unter den Linden, die Friedrich-, Behren-, Leipziger- und Potsdamerstraße.

Als Schandwüchsigkeit produziert sich auf dem Spielbudenplatz der Steglitzer Gemeindefriede zur Zeit bei einer Negertuppe ein Kerl, welcher das Brauvarianth vorführt, lebende Kaninchen aufzufressen. Das ängstlich gappelnde Thierchen bei den Hinterläufen fassend, zerlegt er dessen lebenden Körper von da aus in zwei Hälften und reißt alsdann das Fleisch in Stücke aus dem warmen, zuckenden Leibe, um es mit den Zähnen zu bearbeiten. In bürgerlichen Kreisen entsetzt man sich natürlich über diese Schandthat und schreit nach der Polizei. In einer Zeit, in der der Massenmord systematisch als etwas Grobes und Herrliches hingestellt wird, ist es erklärlich, daß sich überhaupt Zuschauer zu diesem rohen und ekelhaften Schauspiel einfänden.

In zahlreichen Verhaftungen führte eine Schlägerei, die in der Nacht zum Mittwoch in einem überfüllten Lokale in der Gollnowstraße ausgebrochen war. Der Kampf pflanzte sich auf der Straße mit derartiger Wuth fort, daß ein hinzukommender Schuhmann Sukkurs herbeiführen mußte. Neun der Helden wurden schließlich zur Wache gebracht.

Einen grauenhaften Hund machte am Montag Abend ein Mädchen in der Meyerstraße. Als es gegen 9 1/2 Uhr den Boden des Hauses Nr. 7 betrat, stieß es auf die Leiche eines Mannes, der sich dort erhängt hatte. In dem Todten wurde später der 26-jährige Arbeiter Karl Brach festgestellt, der in demselben Hause wohnte. Wiederbelebungsversuche, die ein Arzt anstellte, blieben erfolglos. Was den Mann, der verheiratet war, in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Ein elfjähriger Schüler, der sich auf dem Nachhausewege in einen unbewachten Laden eingeschlichen hatte und die Kasse fohlen wollte, wurde in der 18. Polizeiwache eingeliefert.

Verhaftet wurde am Dienstag der 17-jährige Baderlehrling P., welcher seit etwa fünf Wochen nach Unterschlagung bedeutender Geldsummen aus der Kasse seines Meisters flüchtig geworden war. P. hat von dem unterschlagenen Geld etwa 1000 M. in Lokalen mit Damenbedienung verjubelt.

Einen Hundertmarkschein, der ihm von seinem Meister zum Wechseln übergeben worden war, hat ein Lehrling, der Sohn des Arbeiters Ziemann, Mulackstr. 7, Querweg rechts, 4 Tr., an der Straßenecke verloren. Der arme Vater, welcher von dem Meister erspottlich gemacht wird, hofft auf diesem Wege das verlorene Geld vom ehrlichen Finder wieder zu erlangen.

Gesperrt sind für Fuhrwerke und Reiter die Jonastraße von der Thurnstraße bis zur Eichenbühlstraße, sowie die Kreuzstraße von der Kurstraße bis zur Oberwasserstraße.

Polizeibericht. Am 14. d. M. mittags fiel in der Müllerstraße ein Kutscher beim Absteigen vom Wagen hin und erlitt außer einer bedeutenden Kopfverletzung anscheinend innere Verletzungen. — Nachmittags wurden Unter den Linden eine Frau durch eine Kutsche und in der Wasserbühlstraße ein neunjähriger Knabe durch einen Handwagen überfahren und beide an den Füßen bedeutend verletzt.

Witterungsübersicht vom 15. Mai 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (in 4 m. H.).
Swinemünde . . .	753	SW	3	bedeckt	12
Hamburg . . .	756	WS	4	bedeckt	9
Berlin . . .	755	WS	3	Nebel	12
Wiesbaden . . .	759	WS	2	halb bedeckt	14
München . . .	760	SW	4	Nebel	11
Wien . . .	758	W	4	halb bedeckt	16
Apaxanda . . .	760	SO	4	wolklos	5
Petersburg . . .	762	D	1	wolklos	6
Cord . . .	771	WSW	3	wolkig	19
Aberdin . . .	762	WS	6	wolkig	11
Paris . . .	764	WS	1	bedeckt	14

Wetter-Prognose für Donnerstag, 16. Mai 1895.

Ein wenig kühleres, zeitweise anfläutes, vorwiegend trübes Wetter mit Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

In der Strafsache gegen den Legationsrath a. D. Stävie ist jetzt Termin zur Hauptverhandlung auf den 25. d. M. vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I angesetzt worden.

Das 15-jährige Dienstmädchen Hedwig Tschaff war bei dem Gärtner Rierath in Dienst und hatte u. a. auch ein drei Monate altes Kind zu versorgen. Eines Tages bemerkte Frau Rierath, daß die für das Kind in einem Patentföcher aufgeschobene Milch eine auffallende Färbung hatte, und da sie beim Kochen auch einen auffallenden Geschmack feststellen konnte, so brachte sie die Milch, ehe noch das Kind davon getrunken hatte, zu einem Chemiker. Die Untersuchung ergab, daß die Milch einen nicht sehr bedeutenden Zusatz von Soda erhalten hatte. Da die Tschaff hartnäckig leugnete, wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Auch in einem früheren gerichtlichen Termin war die Angeklagte zunächst beim Zeugen geblieben, und erst ganz zuletzt hatte sie sich zu dem Geständnis bequemt, daß sie die Thäterin sei. Sie hatte an jenem Tage von ihrer Dienstherrin heftige Vorwürfe wegen ihrer Nachlässigkeit erhalten und wollte sich nun dadurch rächen, daß sie aus dem Küchenspiegel ein Stück Soda nahm und es der Milch beimischte. Auch im erneuten Termin blieb sie bei ihrem Geständnis, versicherte aber, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, das Kind zu tödten, auch nicht geglaubt habe, daß das Mittel hierzu ausreiche. — Der Sachverständige Professor Dr. Strahmann gab sein Gutachten dahin ab, daß der Sodazusatz so schwach gewesen sei, daß selbst die Gesundheit eines dreimonatigen Kindes nicht bedrohlich werden konnte; noch weniger war der Stoff nach § 229 St.-G.-B. geeignet, die Gesundheit zu zerstören. Der Staatsanwalt wollte die Theorie von dem Versuch mit untauglichen Mitteln angewendet wissen und beantragte 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof kann aber zur Freisprechung. Maßgebend war das Gutachten des Sachverständigen, ferner die Erwägung, daß der Angeklagten nicht nachzuweisen war, daß sie selbst an die Tauglichkeit des Mittels geglaubt habe. Die einzige Strafe besteht in der vierteljährigen Untersuchungshaft.

Ihr laßt den Armen schuldig werden. Der noch nicht völlig strafmündige Arbeiter Theodor Ebert wurde dieser Tage in Dresden zu 15 Jahren Gefängnis verurtheilt. Der kurze Lebenslauf dieses noch nicht 18 Jahre alten Verbrechers charakterisiert in gewisser Beziehung unsere sozialen Zustände. Der Verurtheilte hat, abgesehen von dem Besuch der Volksschule, keine Erziehung gehabt. Während seiner Schulzeit war er meistens sich selbst überlassen — aus der Gerichtsverhandlung ging nicht hervor, ob Vater und Mutter etwa in der Fabrik oder außerhalb des Hauses beschäftigt waren — der Junge trieb sich an den Bahnhöfen herum, um für Reisende Gepäck zu tragen. Das Geld verwendete er zum Ankauf von Indianergeschichten. Während seiner Schulzeit wurde Ebert zweimal wegen Diebstahls und einmal wegen nächtlichen Umherstreifens bestraft. Seinem Lehrmeister lief er davon, arbeitete in mehreren Fabriken und stahl eines Tages seinem Onkel 900 Mark, die er vergenudete. Der Bursche wurde hierauf zwei Jahre in die Anstalt für jugendliche Straßengefängene gebracht; von dort entlassen kehrte er nach Hause zurück. Die Mutter befand sich wegen schwerer Kuppel im Gefängnis, die Schwester stand unter sittenpolizeilicher Kontrolle, seine Stiefschwester war zu gleicher Zeit als Kostfroubrette in einem auswärtigen Vergnügungslokal beschäftigt; der Vater soll ein ordentlicher Mann sein. Lust zum Arbeiten hatte der aus der Haft Entlassene nicht, er trieb sich, wie er das schon seit seiner frühesten Kindheit gethan, wieder herum und suchte schließlich eine 78 Jahre alte, ihm bekannte Altonenpflügerin auf, der er die Börse mit 30 Pfg. Inhalt stahl. Als die Frau ihr Geld zurückverlangte, erwürgte er sie mit seinen Händen und brachte ihr auch zahlreiche Wessertische bei; der kurz nach der Mordthat eintretende Pflegerohn der Alten wurde von Ebert mit einem Strick erdrosselt. Mit den geraubten 30 Pfg. ging er davon, wurde jedoch bald der That überführt und zu der oben genannten Strafe verurtheilt. — Wer zweifelt daran, daß der junge Mann bei vernünftiger Erziehung und unter würdigen sozialen Verhältnissen nimmermehr zum Verbrecher geworden wäre? Wie in gar vielen Fällen, so ist auch hier die Gesellschaftsordnung die Hauptschuldige.

Veranstaltungen.

Der Verband der Textilarbeiter (Gilde I) hatte am 11. d. M. eine Versammlung einberufen, in der Genosse Hoffmann über das Thema: „Die Bildungsfähigkeit des Volkes“ referirte. Die Diskussion bewegte sich allgemein zustimmend zu dem Referat. Unter Vereinsangelegenheiten werden den Streikenden in Rottcher 30 M. bewilligt, und zum Schluß auf das Stützungs-fest aufmerksam gemacht, das am 16. Juni stattfindet. Das Arrangement für den Besuch der Urania ist am 23. Mai getroffen.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vorträge: 8 1/2-10 Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Deutsch (Literatur). Süd-Schule, Waldemarstr. 14: Naturwissenschaften (der Darwinismus und seine Bedeutung für die moderne Weltanschauung). Neue Theatralen, Tamen und Herren, jederzeit aufgenommen.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzosen-Rügen. Jeden Freitag nach dem 16., Abends 8 Uhr, bei Kuntz, Hauptstraße 30: Versammlung. Vortrag: Entziehung der Wehrkraft.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher. (Vereinsort Berlin.) Donnerstag, den 16. Mai, Abends 10 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44: Versammlung. Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Reumann über: „Unsere gegenwärtige Bewegung“.

Vermischtes.

Wegen unethischen Umgangs mit seinen Untergebenen wurde am Sonnabend, wie die „Schl.-Post. B.-Ztg.“ aus Kiel meldet, ein Wachmeister von dem Kreuzer „Kaiserin Augusta“ in Untersuchungshaft abgeführt.

Aus Nantes wird über ein gemeldetes Eisenbahnunglück des näheren berichtet: Bei dem hier erfolgten Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem leeren Güterzug wurden ein Offizier und ein Bahnbeamter sofort getödtet. Zehn Personen sind schwer verletzt worden. Der Lokomotivführer des Personenzuges konnte durch seine Geistesgegenwart die Gewalt der Kollision vermindern, wodurch eine furchtbare Katastrophe verhindert wurde.

Aus Petersburg meldet der Telegraph vom Mittwoch, daß einer Nachricht aus Kasan zufolge Wolga stark angetrieben sei; der Bahnhof liege unter Wasser, der Eisenbahnannum bei Kasan sei beschädigt. Die Reisenden würden von der Station Swijasski mit Dampfzügen nach Kasan übergeführt. — Nach einem Telegramm aus Batu wüthete in der Nothschiffbau-Kerosinfabrik eine Feuersbrunst, welche erheblichen materiellen Schaden anrichtete. Die Kerosinfabrik geriet in Brand. — Der Dampfer „Brenja“ wird aus Nikolajew telegraphirt: Die Dampfer „Torzi“ und „Bisantijsa“ stehen zusammen. Der Zusammenstoß hatte für die Reisenden keine schlimme Folgen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 16. Mai.
Opernhaus. Der Evangelist.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Festung-Theater. Der Herr Senator.
Neues Theater. Geschlossen.
Schiller-Theater. Der Hengest und Der jüdische Hüne.
Alexanderplatz-Theater. Durchgegangene Weiber.
Central-Theater. Figaro bei Hof.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Obersteiger.
Reichens-Theater. Fernand's Ehekonflikt.
National-Theater. Die lebende Brücke. Im Garten Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Dorothea. Mund um Wien.
Deutsches Volks-Theater. Der Schmied von Roland.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Ein Flug durch die Luft!
Chamly's mysteriöse Katakomben.
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Donnerstag, 16. Mai, Abends 8 Uhr: Der Hengest. Der jüdische Hüne.
Freitag, 17. Mai, Abends 8 Uhr: Der Hengest. Der jüdische Hüne.
Sonntag, 18. Mai, Abends 8 Uhr: Die jüdischen Verwandten und Ein Straßport.
Sonntag, 19. Mai, Nachm. 3 Uhr: Der verbrochene Krug. Die Sargruine. Ein Straßport.
Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Novität! Zum 13. Male: Novität! Unter artistischer Leitung des Herrn Adolf Brühl vom k. k. Gärtnerplatz-Theater in München:
Figaro bei Hof.
(Dorocco.)
Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais) Remouren von Bohrmann-Riegen. Musik von Alfred Müller-Norden. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.

Im prächtigen Garten Täglich:
Symphonische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger
Hoffmann, Wolff, Jährmann, Walde, Dorch, Behn u. Frische. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirter Platz 50 Pf. Sonntags: Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Nur noch 3 Aufführungen!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder.
Die lebende Brücke.
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedemann. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Latorowsky. Regie: Max Samst.
Aufführung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater-Garten:

Großes Concert und Spezialitäten-Vorstellung.
Die Theaterbesucher haben freien Zutritt zum Sommergarten.

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten) Gesundbrunnen. Gdstr. 56.
Direktion: Max Samst.
Eröffnung der Sommeraison.
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Aufführung von Schwanen, Pöffen und Schauspielen.
Am Sonnabend, den 18. Mai er.: Großer dreifacher Ringkampf zum Abschiedsbeneiz für den Meister-schaftsträger Ernst Roehn mit dem Herrn Abs II aus Hamburg (Pohl), Paul Paetke und Conrad Lux.

Passage-Panopticum.

Neu!
Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.

Kaufmann's Variété.

Königsstrasse, Kolonnaden.
Täglich:
Neumann-Bliemchen's Leipziger Bandville-Gesellschaft:
Neumann, Wilh. Wolff, Horvath, Gipsner, Lemke, Feldow und Ledermann.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 1 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntag 50 Pf.
Direktor Bimmel's Spezialitäten-Theater.
Humoristisches Gesamtspektakel von Wilh. Wolff.

Kinderwagen größt. Lager, billige Preise, auch Theilzahlung, bei Holze, Oranienstr. 3.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Straße 13.

! 1000 (Modell) Damen !

Epigen — Seidene — Sammetkragen, Capes 7.50—25.00. Jaquet-Kostüme 10—15.00. Aparte Regenmäntel und Sommerjaquets, um zu räumen, 5.00 bis 15.00, wasserdichte Staudmäntel von 5.00—15.00. Landsbergerstr. 59, 1 Tr.

Homöopath. Arzt Dr. Hsch, Linien-Straße 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr. 1875 L.

Achtung! Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, Guckel, Langher-Platz 2, Elsfasserstr. 12.

Gispinden, Arimal- und Caselwagen, sowie Milchgeschäfts-Utensilien. Jordan, Birne Markuofr. 28.

Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise Lager in Formon, Bocklagon. Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths
Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 17. Mai, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Neumann, Pasewalkerstrasse 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Hilpert über Zubereitung und Behandlung des Bieres.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.
 3. Die Beantwortung der vom Reichskanzleramt ausgegebenen Fragebogen in der vom Präsidenten des deutschen Gastwirths-Verbandes einberufenen Versammlung, und wie stellen wir uns zu dieser Angelegenheit.
 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Alle diejenigen Mitglieder, welche Beschwerden in Rechtschuttsangelegenheiten und gegen die Projektführung des Vereinsverbandes haben, werden ersucht, diese mit Angabe des Sachverhalts bis zum Freitag, den 24. d. M. beim Vorsitzenden des Vereins oder der Rechtschutzkommission anzumelden.
- 184/7 Der Vorstand.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Am Freitag, den 17. Mai cr., abends 6 Uhr,
im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:
Vertrauensmänner-Sitzung.

Hierzu sind alle diejenigen Kollegen geladen, welche auf den einzelnen Bauten als Vertrauensmann gewählt oder bestimmt sind.
Außerdem ersuchen wir die Kollegen, genau darauf zu achten, daß von jedem Bau mindestens ein Kollege vertreten, auch wenn kein solcher als Vertrauensmann gewählt ist.

245/6 Der Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.

Achtung! Dekatentre. Achtung!

Sonntag, den 19. Mai, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Feind, Weinstrasse No. 11:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Robert Schmidt über den Werth der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

58/7 Der Einberufer.

Achtung, Maurer!

Den Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Maurer, Filiale II Berlin hiermit zur Nachricht, daß am Sonntag, den 19. d. M., in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, die regelmäßige

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Wahl des Ausschusses. Um pünktliches Erscheinen eines jeden Mitgliedes wird dringend gebeten.

191/16 Der Vorstand.

Oeffentliche Radfahrer-Versammlung

Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant des Herrn Wille, Andreasstraße Nr. 26.

Tages-Ordnung:
Kongress in Gärth. Diskussion. Wahl eines Delegierten. Verschiedenes. Zur Dedung der Unkosten 10 Pf. Entree.

1112b Der Vertrauensmann.

Erklärung!

Das von dem Gesangsverein „Glück zu“ verbreitete Gerücht, bei uns zum 2. Osterfeiertag Musik bestellt und keine erhalten zu haben, erklären wir als **grobe Unwahrheit**, indem die zu einer Musikbestellung notwendigen Formalitäten mit unserem Arbeitsvermittler weder besprochen noch vereinbart wurden, folglich auch unsererseits logisch keine Musik gestellt werden konnte.

Wir empfehlen dem Gesangsverein „Glück zu“ für die Zukunft mehr Vorsicht und ersuchen ihn, nicht wieder aufs gerathewohl Gerüchte in die Welt zu sprengen, ohne sich vorerst der Mühe zu unterziehen, die Wahrheit zu erforschen — Gerüchte, an denen nicht ein Wort wahr ist und die nur angelhan sind, den Ruf der „Freien Vereinigung“ zu untergraben. Diese Mahnung können sich indeß auch andere, denen das Ansehen einer Vereinigung nicht viel werth zu sein scheint, hinter die Ohren schreiben.

Obgleich sich der Vorstand des Gesangsvereins „Glück zu“ bereit erklärt hat, eine diesbezügliche Erklärung im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, haben wir auf eine solche seit 8 Tagen vergeblich gewartet. Sollte die Angelegenheit demselben noch nicht gehörig klar sein, so rufen wir den Vorstand des Berl. Arbeiter-Sängerbundes als Dritten und Unparteiischen um sein Gutachten an.

Der Vorstand
der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins.
J. M.: G. Schöner, 1. Vorsitzender.

Vorwärts

ist der beste
Bitter.

A. Hiller,
Berlin W., Göbenstraße 21.

Und-Konkursmasse.

Die Lagerbestände aus der Carl Hippel'schen Konkursmasse werden postenweise, sowie im einzelnen werktäglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends billigst ausverkauft.

24502* 12, Monbijou-Platz 12.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten für die rege Theilnahme bei der Beerdigung unseres Sohnes unseren innigsten Dank.

M. Zimmerling nebst Frau,
1115b Fruchtstr. 20.

Da meine Frau mich seit dem 28. April böswillig verlassen hat, warne ich Jedermann, dieselbe auf meinen Namen etwas zu borgen.

Paul Hilgert, Bernauerstr. 26.

Achtung.
Empfehle den Genossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises O. mein Schuhgeschäft nebst

Reparatur-Werkstatt.
Streng reelle Bedienung. Billigste Preise. Bei etwaigem Bedarf bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

W. Drossel,
Jordorferstraße 1a,
Ecke Weidenweg.

Stiefel muss 1114b
sterben und Mädchen warum weinst Du? so erlernt man für 1,50 M. in zwei Violinstunden Oranienstr. 118.

Wer

noch will reell und billig kaufen. Durch Ankauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe daher:

Hochleg. Herr.-Sommerpal. v. 9,75 M. an Damenmantel, Jaquets u.

Capés 8,50 „ „
Hochfeine Herren-Anzüge 12,75 „ „
Hochfeine Herren-Hosen 2,75 „ „
Leber- u. Arbeits-Hosen zu 2,55 „ „
Kellner-Jaquets u. Hosen v. 4,75 „ „
Herr.-Jaquets und Westen in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäpche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Reffel, Revolver, Taschengeld, Gewehre, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w.

zu enorm billigen Preisen!

Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part., Eingang vom Flur.

Mache Freunde und Genossen auf mein in der Thurnstraße 82 belegenes **Weiß- u. Vairisch-Bierlokal** aufmerksam.

1050b G. Mah.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Vairisch-Bier** und **gr. Speisegeschäft**. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-30 Personen.

H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 128.

Mittagstisch, 35 Pf. Bartolstr. 1a, an der Einienstraße. 1118b

August Wendt

Rostocker- u. Wittstockerstr.-Ecke (früher Claudiusstr. 19) 1119b empf. Freunden u. Bekannten sein Lokal, sowie Vereinszimmer, ca. 50 Pers. fass.

Schwarz-weißer Hund verloren gegangen. Abzugeben bei Sieble, Wiesenstr. 59, Holzplatz.

Ein Wohnhaus

(neu) mit Nebengebäuden und großem Garten, in lebhafter Industriestadt der Niederlausitz, mit 4000 Einw., bester Bahnverbindung, beste Lage für Einrichtung einer Fleischerei, steht billig unter günstigsten Bedingungen zum Verkauf. Offerten unter U. G. 794 an Haasensteins & Vogler, A.-G., Berlin SW. 19, erbeten.

47/34

Schlafstelle verm. Dehler, Andreasstr. 24.

Schlafstelle zu verm. Reichenbergerstr. 74 v. Cholet. 1118b

Arbeitsmarkt.

Junger Mann, Klompner, sucht sof. Stellung. Tempelinerstr. 7, IV. b. Köffe.

Für eine südamerikanische Wäsche-fabrik werden

2 Hemdenbügelmänner,

die in ersten Fabriken gearbeitet haben und Zeugnisse besitzen, dass sie in ihrem Fache durchaus tüchtig und erfahren sind, gegen sehr hohes Gehalt (5-6000 Mark pro Jahr für jede Person bei freier Reise) zu engagiren gesucht. Es dürfen auch Mann und Frau sein, wenn beide gleich geübt sind.

Näheres auf Meldungen unter „Wäsche-fabrik“ an die Expedition dieser Zeitung. 1117b

Ein tüchtiger Bierfahrer mit Rundschaft wird von einer Weißbier-Brauerei gesucht.

1111b Meldungen: Brauerei, Gröfstr. 8.

Tüchtige Werkzeug-Schloffer

werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Offerten u. Z. B. 8594 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Jubiläums- 25 Ausgabe.

Soeben erschien die fünfundzwanzigste Auflage von

August Bebel:

Die Frau und der Sozialismus.

Seft-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Kolporture.

Sonnabend, den 18. Mai cr., in Klem's Volksgarten, Hasenheide 14-15:

Stiftungs-Fest des Gesangsvereins „Frühlingsluft“

(Mitgl. d. V. S. S.)

Anfang 8 Uhr. Am 12 Uhr Kaffeepause. Ende ???

Entree: Herren 50, Damen 25 Pfennig.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenslocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.

Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. 158.

Unerreicht billig!!!

Gardinen

und Stores in weiß und crème, engl. Züll, Schweizer und Spachtel

von 1 M. 25 Pf. an.

Otto Büchler, Berlin C.,

Königstr. 26, Ecke Klosterstr.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerz. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sol. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Walttrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5,50. Johannisbeerwein, herb, Fl. 60 Pf. Desertwein, süß, Fl. 75 Pf. Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,-.

Echt Stonsdorfer Likör,

à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,-, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,-. Echten alten Nordhäuser Str. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90. Berliner Getreide-Hummel Str. M. 1,10, 5 Liter à M. 0,90. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, vorzüglich, Str. 1,30. Medizin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2,10.

Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 20. Potsdam, Waisenstr. 27.

Ausstellung Italien in Berlin.

Täglich: **Maestro Gialdini** mit seinem weltberühmten Symphonie-Orchester aus Mailand.

12 Italien. Sänger- u. Musikchöre. Das American-Theater mit Bendix. Ausstellung hochinteressanter italienischer Industrien.

Italienisches Volksleben. Auf dem Canale grande großer Gondel-Corso und Produktion der berühmten neapolitanischen Porzellanschier.

Die Ausstellung ist von 10 Uhr früh bis 12 Uhr Nacht geöffnet. Entree 50 Pf.

Bei Regenwetter gewähren die Ausstellungsgebäude bequemen Schutz und Aufenthalt für 12000 Personen.

Vom 1. Mai an sind Saisonkarten pro Person à 10 M. an der Kasse der Ausstellung und im Juwelenbank Unter den Linden Nr. 24 zu haben.

Restaurant Sanssouci, Schmargendorf

Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.

Vorzügliche Speisen und Getränke zu zivilen Preisen; große Kaffee-küche, 2 gute Regelmäßigkeiten, Volksbelustigungen aller Art.

400 Personen fassender Parquet-saal zu Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Mittwoch unter Leitung des Tanzl. Herrn Goldschmidt und Sonntag: Großer Ball, (Mitgl. d. Tanzlehrervereins „Solidarität“).

Um regen Besuch bittet **Alfred Malitz** (früher Berlin, Annenstraße 87)

Schweizer-Garten

Am Königsthor — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag
Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Volksbelustigungen aller Art. Im neuen Saale **BALL.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig. An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.